

Einzel...
Redaktion: Verwaltung:
Pre. 11000 n. m. 32.
Telephone:
Lagerredaktion: 6705.
Nachredaktion: 6707.
Postfachamt: 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 28. Feber 1924.

Nr. 50.

Karpathorussische Wahlen

Rund tausend Kilometer von Prag, also in einer ungefähren Entfernung, als der Raum zwischen Prag und Triest beträgt, liegt das Land, dessen Bewohner in nächster Zeit ihre Vertreter in das tschechoslowakische Parlament entsenden werden. Es führt den Namen Karpatiska Rus, der nicht ganz zutreffend mit „Karpathorussland“ ins Deutsche überetzt wird. Karpathorussland liegt aber nicht nur räumlich, sondern auch kulturell gleich weit von der immerhin westlichen Kultur Prags entfernt. Die Zustände dort sind von geradezu afrikanischer Kulturlosigkeit. In den illustrierten Zeitungen werden mitunter Bilder aus diesem Lande gezeigt, die den Eindruck erwecken könnten, als beständen dort Verhältnisse, die sich ungefähr mit denen in den ärmeren Teilen der uns bekannten Gebiete vergleichen ließen. Aber das ist Täuschung, denn als Modell standen dabei nur fortgeschrittenere Gegenden, während in anderen weiten Gebieten des Landes sich eine Rückständigkeit zeigt, wie etwa im asiatischen Rußland. Vor einigen Jahren, unter der ungarischen Herrschaft, war dort noch eine Art Robot in Geltung. Der Bauer mußte drei Tage im Jahre für seinen Geistlichen arbeiten, und wenn er nicht kam, wurde er von ungarischen Gendarmen eingesperrt. Im Falle der Erkrankung des Bauern mußte er seinem Pfarrer eine Entschädigungssumme entrichten. Unter der ungarischen Herrschaft hatte dieses Gebiet für die ungarische Adelsklasse lediglich Bedeutung als Jagdgebiet auf Bären, Wölfe und Wildschweine. Die Bewohnerchaft ist in ihrer inneren und äußeren Kultur um Jahrhunderte zurückgeblieben. Eisenbahnen und Straßen wurden früher lediglich aus strategischen Gründen errichtet, alle anderen Verkehrswege sind in trostloser Verfassung. Tausende Einwohner leben noch immer in Erdlöchern, die fast jedes Einrichtungsstückes entbehren. Diesen Menschen ist sogar der Gebrauch von Messer, Gabel und Löffel ebenso unbekannt, wie die Kenntnis des Lesens und Schreibens. Der Aberglaube findet hier ein weites Feld, die Menschen glauben sogar noch an Hexen. Bezeichnend ist, daß die Bevölkerung, als die Regierung zur Bekämpfung der dort epidemisch grassierenden Seuchen Ärzte entsandte, vor ihnen samt den Kranken flohen. Der Alkoholismus steht in voller Blüte und die Versuche, ihm durch ein Alkoholverbot zu steuern, haben bei der Bevölkerung geradezu Unruhen erregt. Die Menschen sind von einer beispiellosen Bedürfnislosigkeit und teilen oft den verwahrlosten Raum, den sie bewohnen, auch noch mit den Haustieren, die sie besitzen. Das Land ist vorwiegend agrarisch, doch befindet sich nur ungefähr ein Drittel des Bodens in den Händen der Bauern, während der größte übrige Teil den Großgrundbesitzern gehört. Die Pflückerung erfolgt teilweise noch mit hölzernen Pflügen, das Mahlen des Getreides mit hölzernen Handmühlern. Die Bestellung der Felder liegt im Argen, denn gewöhnlich bebaut der Bauer das Feld in dem einen Jahre, um es in dem anderen brach liegen zu lassen.

Daß Karpathorussland durch den Frieden von St. Germain zur Tschechoslowakei zugeschlagen wurde, das suchen die Machthaber mit dem „Selbstbestimmungsrecht“ zu rechtfertigen. Aber bei der völligen politischen Unwissenheit des größten Teiles der Bevölkerung vom Selbstbestimmungsrecht zu sprechen, ist eine äußerst gewagte Sache, denn die Meinung der Bevölkerung wurde keineswegs dabei eingeholt. Der wahre Grund der Angliederung Karpathorusslands an die Tschechoslowakei liegt darin, daß die Friedensmacher zwischen Polen, Ungarn und die Ukraine einen Keil hineintreiben wollten, und daß dieses Gebiet den künftigen Korridor mit Rußland bilden sollte. Der mehr als gesunde Appetit des tschechischen Imperialismus ließ sich auch diesen Happen gerne gefallen, aber es scheint, daß er sich dabei etwas den Magen überladen hat. Im St. Germainer Friedensvertrag wurde Karpathorussland eine weitgehende Autonomie im Rahmen des tsche-

Sturz der belgischen Regierung.

Die Kammermehrheit gegen eine Vereinbarung mit Frankreich.

Brüssel, 27. Febr. (Sabas.) Die belgische Kammer lehnte mit 95 gegen 79 Stimmen die Vereinbarungen über einen französisch-belgischen Wirtschaftsvertrag ab. Die Regierung hat infolgedessen ihre Demission eingereicht.

Brüssel, 27. Febr. (Sabas.) Ministerpräsident Theunis hat im Senat inmitten eines großen Tumultes die Demission seines Kabinettes gegeben.

Brüssel, 27. Febr. Zum Rücktritt des belgischen Kabinettes wird mitgeteilt: In den letzten Tagen wurden in Brüssel die Möglichkeiten und die Folgen eines solchen Abstimmungsergebnisses erwogen. Auch Namen für die Nachfolger der gegenwärtigen Minister sind bereits aufgebracht, darunter wird insbesondere Van de Vyvere, der bisherige Minister für Wirtschaftsangelegenheiten, als Ministerpräsident viel genannt. Ferner

wird behauptet, daß Jaspar die auswärtigen Angelegenheiten weiterführen werde. Auch der Name Paul Symans wird in diesem Zusammenhang genannt, doch scheint es geboten zu sein, noch die Entwicklung der Krise abzuwarten. In Paris kreisen wird mit der Möglichkeit der neuerlichen Betrauung Theunis mit der Kabinettsbildung gewartet.

Eine neue Frank-Baisse.

Paris, 27. Febr. Die gestern am Devisenmarkt wiederum zum Durchbruch gekommene Unruhe hat sich heute noch mehr verstärkt. Das englische Pfund ist in steter Aufwärtsbewegung begriffen und hat heute nachmittags bereits 104 Franken überschritten. Die Nach-

richt von der Demission des Kabinettes Theunis hat die Unruhe noch gesteigert. Der neuerliche Sturz des Franken blieb naturgemäß nicht ohne Wirkung auf den Effektenmarkt, wo die Kurse gleich nach der Eröffnung eine stark steigende Tendenz zeigten.

Der Prozeß gegen Hitler und Genossen

Der Generalkommissar als Hochverräter.

München, 27. Febr. Nach der gestrigen Agitationsrede Hitlers war zu Beginn der Verhandlung das allgemeine Interesse etwas abgeflaut. Die Neugierigen und die Pressevertreter drängten sich nicht mehr so stürmisch in den Sitzungssaal wie am ersten Tage. Die Angeklagten sind heute von einer auffallenden Aufgeregtheit.

Die Sitzung beginnt, indem der Vorsitzende noch einige Fragen an Hitler stellt. Interessant

war dabei lediglich die Aussage Hitlers, daß er der Meinung sei, daß nur er allein befähigt sei, in Deutschland den politischen Kampf für die nationale Erhebung zu führen.

Hierauf begann die Vernehmung des Dr. Weber, des ersten Vorstandes des Bundes „Oberland“, der ein wesentliches Mitglied im Kampfbunde gewesen ist. Weber schildert das Ziel des Bundes, das darin besteht, eine sittliche Erneuerung des deutschen Volkes herbeizuführen und

tschechoslowakischen Staates zugestanden, aber von einer Verwirklichung dieser Autonomie ist bis nun kaum eine Spur zu finden. Jahre hindurch herrschte dort Ausnahmungs- und Belagerungszustand, was nicht gerade auf große Anhänglichkeit der Bevölkerung an die neuen staatlichen Verhältnisse hinweist. Früher gab es, allerdings auf wenige Städte beschränkt, in Karpathorussland auch eine im bescheidenen Umfange bestehende Industrie, die seither fast gänzlich zu Grunde gegangen ist. Alles in allem betrachtet, ist Karpathorussland eine Kolonie der Tschechoslowakei, die man das tschechoslowakische Bosnien nennen kann. Daß der Besitz dieses Gebietes für die Tschechoslowakische Republik einen materiellen Gewinn bedeutet, wird wohl niemand behaupten können, es wird im Gegenteil die Kolonisationsarbeit, welche dort zu verrichten sein wird, wesentliche Belastungen für den Staat zur Folge haben.

Wie ehrlich es die tschechoslowakischen Regierungen mit dem Friedensvertrag festgesetzten Autonomie Karpathorusslands meinen, geht schon daraus hervor, daß die Wahlen für den Karpathorussischen Landtag, die schon für den Herbst des Jahres 1920 in Aussicht gestellt wurden, bis heute nicht nur nicht vorgenommen wurden, sondern daß vor ihnen jetzt die Wahlen für das Zentralparlament vorgenommen werden sollen, obwohl es nach dem Friedensvertrage wie auch nach der Verfassung zweifelhaft ist, in welcher Weise die Karpathorussischen Vertreter in das Parlament zu wählen sind, während es dagegen um so sicherer ist, daß im Sinne dieses Friedensvertrages vorerst die Vertreter für den Karpathorussischen Landtag zu wählen gewesen wären. Daß sich gerade die Regierung Svehla zur Ausschreibung der Parlamentswahlen in Karpathorussland entschlossen hat, hat seinen besonderen Grund. Anlässlich der Ge-

meindewahlen im September wurden auch in Karpathorussland die Wahlen für die Gemeindevereinigungen vorgenommen und dabei ergab sich für die tschechische Agrarpartei, das ist für die Partei des Ministerpräsidenten Svehla, eine Zweidrittelmehrheit. Das hat der tschechischen Agrarpartei Appetit gemacht. Der Ausfall dieser Wahlen will natürlich nicht besagen, daß die Bevölkerung Karpathorusslands der politischen Gesinnung der Partei des Herrn Svehla huldigt, wie überhaupt die Gemeindevahlen dort keinen Maßstab für die politische Zusammensetzung der Bevölkerung bilden. Erstens schon deshalb nicht, weil infolge der politischen Rückständigkeit des größten Teils der Bevölkerung diese von dem politischen Parteiwesen und von Parteiprogrammen kaum eine Ahnung hat, zweitens weil in einer Reihe von Gemeinden keine Wahlen vorgenommen wurden, sondern infolge Einigung der in Betracht kommenden Parteien die Wahlen entfielen, und schließlich, weil die Ausschreibung der Wahlen überraschend kam und es gerade die Partei der tschechischen Agrarier verstand, die stärkste Wahlbeeinflussung zu üben, was durch den Umstand, daß ihre Vertreter das Ministerpräsidium und das Ministerium des Innern innehaben, leicht erklärlich ist. Die bevorstehenden Parlamentswahlen werden schon ein anderes Bild ergeben, wenngleich damit zu rechnen ist, daß auch diesmal die tschechische Agrarpartei die meisten Stimmen erhalten wird. In den Wahlkampf um die Mandate Karpathorusslands treten nicht weniger als 13 Parteien ein, darunter etwa die Hälfte tschechische Parteien, obwohl die Zahl der Tschechen in dem Lande trotz der Ueberflutung durch tschechische Beamte, Lehrer, Gendarmen, Soldaten und Angestellte eine verhältnismäßig geringe ist. Jedenfalls tat die Regierung zur Stärkung des tschechischen Ele-

einen neuen deutschen Menschen zu erziehen. Die Beziehungen zwischen Ludendorff und Hitler und dem Bunde „Oberland“ bestanden seit 1922 und wurden erst im Laufe des Jahres 1923 enger geschlossen. Der Bund, der in ganz Deutschland verbreitet und in allen Kreisen und Schichten des Volkes verankert ist, ist der einzige in Deutschland, der sich aus eigenen Mitteln aufrecht erhält. Die Mitglieder haben vielfach wesentliche Teile ihres monatlichen Einkommens dem Bunde abgeliefert. Interessant war die Schilderung Webers, daß er von maßgebenden bayerischen Stellen bereits Mitte August von der Einsetzung des Generalkommissariates unter Nahr unterrichtet gewesen ist. Dasselbe wurde ihm dann im Laufe der nächsten Wochen von verschiedenen zuständigen Stellen, unter anderem vom Justizministerium, bestätigt. Da Dr. Weber enge persönliche Beziehungen zu Oberst Seizer hatte, pflegte er in der Hauptsache die Besprechungen im Auftrage Hitlers mit Lossow und Nahr. Von besonderer Bedeutung war die Besprechung mit Seizer am 1. November 1923, in der eingehend und genau die Rollen verteilt wurden für den gemeinsam beabsichtigten Umsturz, der dann auch am 8. November erfolgt ist. Auch über die Finanzierung des Staatsstreiches wurde bei dieser Besprechung verhandelt.

Sumpfen unter sich.

Die Nachmittagsverhandlung brachte neue schwere und zum Teil überraschende Vorwürfe der Verteidigung gegen den Generalkommissar von Nahr. Man hörte zum erstenmal authentisches über die engeren Beziehungen Nahrs zu dem Hochverräter Kapitänleutnant Ehrhardt.

Nahr hat den damals flüchtigen und störrisch verfolgten Ehrhardt gleich nach seinem Antritt im September 1923 aus Oesterreich nach Bayern geholt und mit ihm zusammen den Vorstoß gegen Norddeutschland zu organisieren versucht.

Ehrhardt trug einen Ausweis der bayerischen vormaligen Behörde in der Tasche, daß er nicht verhaftet werden könne, weil er als Notpolizeibeamter für die bayerische Regierung tätig sei. Interessant war auch, zu hören, wie Nahr bereits in seiner Unterredung mit Böhrner am 30. September 1923 diesen zum Zivilgouverneur von Sachsen und Thüringen gewinnen wollte, nachdem der Marsch nach Berlin gelungen

mentes in Karpathorussland, was ihr nur möglich war. Die Stammbewölkerung besteht aus Ruthenen, Magyaren und Juden, eine Zusammenjagung, welche es erstaunlich erscheinen läßt, daß sämtliche tschechische Parteien, deren Sprache doch außer den dorthin importierten Beamten und Gendarmen niemand versteht, sich in den Wahlkampf um die Mandate stürzen.

Es ist sicher, daß diese Wahlen nicht der politischen Erziehung und Aufklärung dienen werden. Jede der dreizehn Parteien wird aus der über siebzig Prozent bestehenden Bevölkerung mit den demagogischsten Mitteln an Stimmen herauszuschlagen suchen, was nur möglich ist, wobei auch Bestechung, Gewalt und Beeinflussung eine entscheidende Rolle spielen werden. Bei den noch aus der ungarischen Zeit in Untertänigkeit, Demut und Unwissenheit erzogenen Bewohnern, werden jene Parteien den stärksten Einfluß üben, die über die größten Macht- und Geldmittel verfügen. So ist zu erwarten, daß aus den Wahlen Vertreter hervorgehen werden, die mit den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und nationalen Interessen der Bevölkerung nichts gemein haben. Die Karpathorussischen Mandate sollen dem Zwecke dienen, den Mandatsbesitz der Regierungskoalition zu vermehren. Diese Absicht dürfte vorläufig erreicht werden. Die Analphabeten Karpathorusslands werden als Stimmvieh das System der allnationalen Koalition stützen helfen. Doch ist nicht zu vertreten, daß diese Wahlen den Eintritt der Karpathorussischen Bevölkerung in das politische Leben bedeuten. Es ist ein weiter Weg dahin, aber kommen wird doch die Zeit, wo auch in diesem dunkeln Winkel Europas den heute noch geknechteten und in Stumpfheit gehaltenen Menschen die Erkenntnis ihrer Klassenlage aufdämmern wird.

fei. Böhner lehnte damals ab, weil ihm die Sache zu unklar war. Rohr wurde auch dadurch bekräftigt, daß Böhner nach eigenen Angaben Rohrs Mitteilung zu machen wußte von jenem geheimnisvollen Telegramm an die Regierung...

Nach der Vernehmung Böhners ging die Verteidigung geschlossen gegen Rohr vor. Besonders der Verteidiger Böhners, der Rechtsanwält Demeiter, der seit langem als Führer in der nationalistischen Bewegung Münchens aktiv tätig ist, stellte folgende zwei verhängliche Fragen:

1. Ist es Böhner bekannt, daß in der Nacht vom 13. auf den 14. März 1920 der damalige Präsident von Oberbayern von Rohr sich ohne Zögern in den Besitz der öffentlichen Gewalt gesetzt hat, auf einem Wege, der dem vom 8. und 9. November 1923 vollkommen entspricht?

2. Ist es Böhner bekannt, daß im Jahre 1922, als das republikanische Schuppengesetz in Bayern große Erregung hervorrief, von Rohr sich ohne Bedenken jener Bewegung anschloß, deren Ziel es war, die nach der Auffassung des Staatsanwaltes gesetzmäßige Regierung Perchenfeld auf dem gleichen Wege ohne Druck zu entfernen?

An diese Fragen knüpfte sich eine ziemlich erregte Auseinandersetzung zwischen dem Gerichte und der Verteidigung, ob man diesen ganzen Fragenkomplex in öffentlicher Sitzung behandeln könne. Dies forderten die Angeklagten. Der Staatsanwalt zeigte sich gleichgültig und nur der Gerichtshof wollte die Öffentlichkeit ausschließen. Nach kurzer Beratung verständete schließlich der Vorsitzende, daß die Behandlung dieser Fragen zunächst zurückgestellt werde, bis zur zehnjährigen Vernehmung Rohrs.

Damit wurde die heutige Sitzung geschlossen.

Inland.

Ein Regierungsblatt für die Verlängerung der Arbeitszeit.

Die von der Regierung schon vor längerer Zeit angekaufte Druckerei Wolf in Saaz gibt unter anderem ein Presseerzeugnis heraus, das sich „Deutsche Arbeiterzeitung“ nennt und dazu berufen sein soll, der unabhängigen deutschen sozialdemokratischen Presse in Westböhmen Abonnenten abzuwerben. Das genannte Blatt ist sehr billig — wird es doch aus Steuergeldern erhalten — und betreibt so gegenüber der deutschen sozialdemokratischen Presse eine Schmuckkonkurrenz. Unglaublich ist nun, was sich dieser Regierungswisch in seiner Folge vom 14. Februar 1924 leistet.

An diesem Tage bringt nämlich das Blatt einen Aufsatz „Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit“ von Ingenieur Herbert Klinger, welchen Artikel wir bereits einer Kritik unterzogen haben und in dem offen gegen den Achtstundentag Propaganda gemacht wird. In den einleitenden Zeilen des Artikels wird versucht die Meinung zu widerlegen, daß in Zeiten herrschender Arbeitslosigkeit eine Verlängerung der Arbeitszeit zur Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen führe. Dazu bemerkt der Artikelfreiber:

„Diese Anschauung entspricht keineswegs den Tatsachen, wird aber geflissentlich immer wieder von denjenigen verbreitet, die aus eigennütigen oder politischen Motiven jeder Verlängerung der Arbeitszeit grundsätzlich widerstreben.“

Wir haben diesen Passus aus dem Artikel Klingers, der seinerzeit in der Wagnsdorfer „Abwehr“ veröffentlicht wurde, bereits zitiert und führen ihn nochmals an, um zu zeigen, was Regierungsbücher in der Tschechoslowakei treiben und wofür die Steuergelder der Arbeiter erhalten müssen. Aber es kommt noch schöner. Der Herr Ingenieur schreibt weiter:

„Eine Herabsetzung der Gestehungskosten ist vor allem dadurch zu erreichen, daß jeder einzelne Arbeiter jährlich eine gewisse Anzahl von Stunden mehr erzeugt als heute. In den meisten Betrieben wird bei der gleichen Anzahl von Leuten um rund 40 Prozent weniger erzeugt als vor dem Kriege, nicht weil die Arbeiter auf die Stunde gerechnet weniger leisten, sondern weil jeder Arbeiter beiläufig um 700 Stunden jährlich weniger arbeitet als früher und die Zahl der Mitarbeiter im Verhältnis zu der eigentlichen erzeugenden Mannschaft höher ist als früher.“

Die Ursache der wirtschaftlichen Krise wird also darin erblickt, daß die Arbeiter um 700 Stunden zu wenig arbeiten, woraus natürlich jeder Leser folgern muß, daß nur die Verlängerung der Arbeitszeit um 700 Stunden im Jahr, das ist um zweieinhalb Stunden täglich, unsere Wirtschaft wieder ins normale Geleise bringen kann. Es wird also nicht mehr und nicht weniger als die Verlängerung der Arbeitszeit auf zehneinhalb Stunden verlangt und wie zur Ironie bemerkt der Herr Ingenieur Klinger noch dazu, daß dies „alles unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages“ geschehen müsse.

Das ist aber nicht nur die Ansicht des Herrn Ingenieur Klinger.

Zu dieser Ansicht bekennt sich auch die Redaktion des Regierungsblattes. Dem Artikel schickt nämlich die Redaktion folgende Bemerkung voraus:

„Der nachfolgende Artikel behandelt in durchaus sachlicher Form eine der ernstesten der wirtschaftlichen Lebensfragen unseres Landes. Das Problem der Verlängerung der Arbeitszeit steht derzeit auch im Mittelpunkt heftiger sozialer Kämpfe. Um so nötiger ist es, die Frage frei von Leidenschaft und politischen Nebenbürschaften zu erörtern.“

Diese Bemerkung spricht es klar und deutlich aus, wie sympathisch dem Saazer Regierungswisch die Ansichten des auf Seiten der kapitalistischen Ausbeuter stehenden Herrn Ingenieurs sind.

Und nun stellen wir die Fragen: Dient das Geld der Steuerzahler dazu, um Regierungsblätter zu erhalten, die sich ganz offen auf Seite der Kapitalisten stellen? Fühlen sich die tschechischen bürgerlichen Parteien bereits so fest im Sattel, daß die von der Regierung ausgehaltenen Zeitungen in der vorstehenden Weise gegen die Arbeiter Stellung nehmen können? Und was sagen die tschechischen Sozialdemokraten dazu, daß man in einem Regierungsblatt für die Verlängerung des Achtstundentages eintritt?

Kommunistische Mobilisierungsangaben.

So wie die Kommunisten früher jedes Jahr einmal die Weltrevolution anzeigten, so verkünden sie jetzt wieder zu Beginn jedes Jahres eine „gesteigerte Organisationsbetätigtigkeit“. Anton Zapotoch rückt in der „Internationale“ aus, um die Notwendigkeit dieser Organisationsbetätigtigkeit zu beweisen und konstatiert dabei, daß die Verschärfung der Klassenengehörigkeit immer mehr fortschreite, was ja wahrlich gerade

keine Entdeckung genannt werden kann. Dem spricht er wieder vom „Herannahen des entscheidenden Augenblicks“. Wie oft schon haben die Kommunisten den „entscheidenden“ Augenblick kommen, wie oft schon haben sie für ihn „ihre Reihen gewaffnet“.

Der kommunistische Reichsparteisekretär ist auch ein guter Rechner. Er erzählt uns im letzten Abjah, daß es in der Tschechoslowakei 100.000 kommunistische Angehörige gibt, die ihre Verpflichtungen ordentlich erfüllen, das heißt 100.000 organisierte Kommunisten. Im fünften Abjah meint er aber auch schon, daß in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres 152.000 neue Parteilegitimationen ausgefolgt wurden. Das heißt also, daß die Kommunisten schon um 50 Prozent zugenommen haben. Ja, die Kommunisten sind Zahlenkünstler! Dann kommt Zapotoch zu seiner „neuen Aufgabe, welche ein Glied in der Kette der projektierten Aktionen“ ist. Erstaunt, fragt man sich, ob etwa die Weltrevolution im Gange ist, ob generalgestreift werden soll oder was da sonst der kommunistische Generalstab noch planen könne. Aber nein, es geht um viel Höheres! Dem fünften Weltkongreß der kommunistischen Internationale muß nämlich ein genauer Rapport erstattet werden und deshalb werden jedem Kommunisten einige Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Aus den gestellten Fragen erfährt man, daß sich die kommunistische Partei, die doch den nationalen Streit überwunden haben will, nicht nur für die Nationalität, sondern auch für die Konfession ihrer gläubigen Mitglieder interessiert! Auch die militärische Rangstufe der Kommunisten in der tschechischen Armee ist Gegenstand der Neugierde des fünften kommunistischen Weltkongresses. Zapotoch beschießt nun, daß sich jeder Genosse und jede Genossin nach Ueberlegung dieser Fragen augenblicklich niedersetzt und auf einem Quartpapier (ausgerechnet Quartpapier!) die Antwort schreibt. Wahrscheinlich soll das Signet der kommunistischen Parteimitglieder die allgemeine Weltrevolution einleiten. Aus den Antworten wird nun eine große Parthotel errichtet werden und vielleicht auch ein Generalkriegsminister ernannt werden. Wie aber die Kommunisten in der militäristischen Kriegsideologie stehen, beweist außer dieser Evidenzbuchanlage auch der Satz, daß jeder, der seine Pflicht nicht erfüllt, die Armee um eine Einheit und die Front um ganze Zehnerhundert schwächt. Mobilisierung, Armee, Front, der kommunistische Aufmarsch kann beginnen. Doch ist vorläufig nicht, denn die Parole lautet noch nicht Generalstreik und Weltrevolution, sondern: „Kommunisten, setzt Euch nieder und füllt Fragebögen aus!“

Dreizehn Parteien wollen neun Abgeordnetenmandate besetzen.

Die Wahlen in Karpathoruthland.

Am Sonntag endete die Ueberreichungsfrist der Kandidatenlisten in Karpathoruthland. Es wurden dreizehn Kandidatenlisten überreicht und zwar:

- eine kommunistische,
- eine zionistische,
- eine tschechisch-nationalsozialistische,
- eine der magharischen verbündeten Opposition,
- eine agrarische,
- eine jüdische,
- eine sozialdemokratische,
- eine der Chliborobenpartei,
- eine der agrarischen Opposition,
- eine unabhängig-sozialdemokratische,
- eine russisch-nationale,

eine der ungarischen Bürgerpartei, eine der magharischen Agrarier.

All diese Parteien kandidierten auch in dem Senatswahl und wollen also nicht nur die neun zu vergebenden Abgeordnetenmandate, sondern auch die vier Senatsmandate besetzen! Beachtung verdienen die Vorgänge in der karpathoruthischen Sozialdemokratie, die geteilt in die Wahlen eintritt. Ein Teil der ukrainischen Sozialdemokraten ist über den Umstand, daß die Prager tschechisch-sozialdemokratische Führung die Kandidatur eines Tschechen, des Ing. Nečas, an erster Stelle durchgedrückt hat, verärgert, und kandidiert als unabhängige Sozialdemokratie. Diese Gruppe wird geführt von Dr. Simon. Der bekannte Strapezuk, der an erster Stelle in den Senat kandidiert werden sollte, hat die Kandidatur abgelehnt.

Für das Mieterschutzgesetz.

Am Sonntag fand in Karlsbad eine von der Bezirksorganisation Karlsbad der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufene Volksversammlung statt, die zu der Frage des Mieterschutzes Stellung nahm. Die Stimmung, die in der Versammlung herrschte, bewies, so sagt der Karlsbader „Volkswille“, auf das nachdrücklichste, daß die in Miete wohnenden Leute bei der heutigen Wirtschaftslage es einfach als unerträglich empfinden müßten, wenn statt einer Verbesserung des Mieterschutzes, nach dem Willen der Hausbesitzer sogar eine Verschlechterung eintreten sollte.

Genosse Löw besprach in seinem oft von stürmischen Zurufen aus der Versammlung unterbrochenen Referate die Gefahr, vor der die Mieter stehen, er schilderte die Vorgänge im sozialpolitischen Ausschusse des Senates, die tatsächlich für die Mieter sehr schimmes befürchten lassen, und schloß mit dem Aufrufe, alles daran zu setzen, um sich entsprechendem Gehör zu verschaffen und in letzter Stunde noch die über den Mietern schwebende Gefahr zu bannen.

Genosse de Witte befaßte sich eingehend mit der Wohnungsbaufrage, worauf er eine Resolution beantragte, in der die Forderungen der Mieter neuerdings niedergelegt und begründet wurden.

Der Vorschlag des Vorsitzenden, Genossen Hein, diese Resolution nicht nur durch eine Deputation sofort der politischen Bezirksverwaltung zu überreichen, sondern diese Deputation auch zum Amtsgebäude der Behörde zu begleiten, fand sofort begeisterte Zustimmung. Die Versammlungsbesucher zogen also geschlossen vor dem Amtsgebäude das Ergebnis der Vorsprache bei der politischen Behörde ab. Regierungsrat Fiedler versprach, die Resolution sofort an die Regierung weiterzuleiten und auch die von der Deputation in bezug auf die speziellen karstrophalen Wohnungsverhältnisse im Bezirke Karlsbad vorgebrachten Tatsachen ebenfalls zu berichten. Vor dem Gebäude der politischen Bezirksverwaltung berichtete sodann Genosse Löw über das Ergebnis der Vorsprache. Sein Aufruf, die Wohnungsmieter mögen, wenn die Partei sie demnächst wieder rufen sollte, in Massen erscheinen, fand stürmischen Widerhall.

Die deutschbürgerliche Grundlosigkeit erweist sich immer wieder von neuem. Im „Tag“ vom 22. Februar konnte man kürzlich lesen, daß die auf dem „arischen Grundgesetz“ stehenden deutschen Patrien Brünn, und zwar die alldeutsche Partei, der Bund der Landwirte, die Christlich-soziale Volkspartei, die unter dem Namen „Freier deutscher Mittelstand“ in Brünn versteckten Deutschnationalen und — nicht zu vergessen! —

Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London.

21

„Bei Jingo,“ sollte Hans Weisfall. „Ich auch nicht.“

Vor dem Jahr zu Ende ging, wurden die Befürchtungen Petes zur Wirklichkeit. Es war in Circle City. Ein schlechtgelauener und boshafter Mann, genannt der schwarze Burton, war am Schenklisch in Streit geraten, und Thornton trat wohlmeinend dazwischen. Bud lag seiner Wohnstube gemäß in einer Ecke, den Kopf auf den Boden, und beobachtete jede Bewegung seines Herrn. Burton schlug unvermutet geradewegs aus, so daß Thornton zurücktaumelte und sich nur dadurch vor dem Fall retten konnte, daß er sich am Geländer des Schenklisches festhielt.

Die Zuschauer hörten etwas, das weder besten noch knurren war, und das man wohl am treffendsten mit brüllen bezeichnet, und sahen, wie Buds Körper in die Luft flog. Burton an den Hals. Der Mann rettete sein Leben dadurch, daß er instinktiv seine Arme ausstreckte, aber er wurde rückwärts auf den Boden geworfen, mit Bud oben auf. Bud löste die Zähne aus dem Arm des Mannes und fuhr ihm wieder an die Kehle. Diesmal glückte Burton die Abwehr nur teilweise, und sein Hals wurde aufgerissen. Die Anwesenden fielen über Bud her und jagten ihn fort; aber während ein Wundarzt das Blut stillte, ging er wütend knurrend auf und ab und versuchte sich wieder auf Burton zu stürzen, aber er wurde durch eine Menge feindsicher Stöße zurückgetrieben. Ein Ausschuss der Bergleute wurde zum Tatort gerufen und entschied, daß Bud genügend herausgefordert worden sei, und Bud wurde entlastet. Aber sein Ruf war begründet, und von diesem Tage an ging sein Name durch jedes Lager in Alaska.

Im Herbst desselben Jahres rettete er John Thorntons Leben in völlig anderer Weise. Die drei Freunde führten ein langes und schmales Boot über eine gefährliche Stelle der Stromschnellen am Vierzähmeilen-Damm. Hans und Pete gingen am Ufer entlang und hielten das Boot an einem dünnen Manilaseil, während Thornton darin blieb, seine Landung mit Hilfe einer Stange unterstützte und Anweisungen nach dem Ufer hinrief. Bud quälte und ängstigte sich am Ufer, blieb immer dem Boot gegenüber und ließ seinen Herrn nicht aus den Augen.

An einer besonders gefährlichen Stelle, wo der obere Teil eines nackten Felsens aus dem Wasser hervorragte, ließ Hans die Leine locker und ließ, während Thornton das Boot ins freie Wasser stieß, mit dem Ende des Seiles in der Hand das Ufer hinunter, um nachher das Boot, wenn es die Stelle glücklich passiert hätte, wieder festzuhalten. Als die gefährliche Stelle überwunden war, zog Hans das Seil an; aber er tat es zu plötzlich, und das Boot schlug um. Thornton fiel ins Wasser und wurde stromabwärts nach dem schlimmsten Teil der Stromschnellen getrieben, wo das Wasser so wild war, daß kein Schwimmer sich daraus hätte retten können.

Bud war augenblicklich in den Strom gesprungen, und nach dreihundert Meter, mitten in einem tosen Wirbel, holte er Thornton ein. Als Bud sah, daß sein Herr seinen Schwanz ergrieff, steuerte er nach dem Ufer und schwamm mit Aufbietung seiner ganzen Kraft. Aber er kam dem Ufer nur ganz langsam näher, während er erstaunlich schnell stromabwärts getrieben wurde. Von unten ertönte das unheilvolle Brausen, wo der wilde Strom noch wilder raste und durch die Felsen, die wie die Zähne eines ungeheuren Kammes herausragten, zu Felsen zerrissen aufspritzte. An dem letzten steilen Abhang des Felsens fangte das Wasser furchbar, und Thornton wußte, daß es unmöglich war, ans Ufer zu ge-

langen. Wütend arbeitete er sich über einen Felsen, quetschte sich über einen zweiten, und schlug mit vermindertem Gewalt an einen dritten an. Er ergriff dessen schlüpfrige Spitze mit beiden Händen, indem er Bud losließ, und seine Stimme überbörnte das Brausen des Wassers, als er rief: „Geh, Bud! Geh!“

Bud konnte sich nicht behaupten und wurde stromabwärts gerissen. Er strengte sich verzweifelt an, aber er war nicht imstande, zurückzuschwimmen. Als er hörte, daß Thornton seinen Befehl wiederholte, richtete er sich teilweise im Wasser auf, warf seinen Kopf wie zu einem letzten Blick in die Höhe, und wandte sich dann gehorfsam gegen das Ufer. Er schwamm mit aller Kraft und wurde von Hans und Pete gerade an der Stelle ans Ufer gezogen, wo es nicht mehr möglich war, zu schwimmen.

Sie wußten, daß angesichts des reißenden Stromes ein Mann sich nur wenige Minuten an einem schlüpfrigen Felsen festhalten konnte, und sie rannten so schnell sie konnten das Ufer hinauf zu einer Stelle oberhalb des Felsens, an dem Thornton hing. Sie befestigten die Leine, mit der sie das Boot gezogen hatten, vorsichtig an Buds Hals und Schultern, damit es weder würgen noch beim Schwimmen hinderlich sein sollte, und ließen ihn ins Wasser. Er griff fähig aus, aber nicht gerade in den Strom hinein. Diesen Irrtum entdeckte er zu spät; er war schon auf der Höhe von Thornton und wurde hilflos an ihm vorbeigetrieben.

Hans zog rasch das Seil an, als ob Bud ein Boot wäre. Auf diese Weise schlang sich das Seil in der Strömung enger um ihn, er kam unter Wasser und blieb darunter, bis er gegen das Ufer geworfen und dort herausgezogen wurde. Er war halb ertrunken, und Hans und Pete warfen sich über ihn und machten Wiederbelebungsversuche. Er versuchte aufzustehen, aber er fiel um. Der schwache Klang von Thorntons

Stimme drang zu ihnen, und sie wußten, obgleich sie seine Worte nicht verstehen konnten, daß die Gefahr für ihn aufs Höchste gestiegen war. Die Stimme seines Herrn wirkte auf Bud wie ein elektrischer Schlag. Er sprang auf und raste vor den Männern das Ufer hinauf zur Stelle, an der er vorher ins Wasser gesprungen war.

Die Leine wurde wieder an ihm befestigt und Bud sprang wieder in den Strom. Wieder griff er mächtig aus, aber diesmal gerade in den Strom hinein. Er hatte sich einmal berechnet, aber ein zweitesmal wollte er sich des gleichen Irrtums nicht schuldig machen. Hans gab vorsichtig nach, damit das Seil sich nicht lockerte, während Pete aufpakte, daß es sich nicht verkniete. Bud schwamm, bis er in einer geraden Linie über Thornton war; dann wandte er sich und steuerte mit der Geschwindigkeit eines Eilzuges auf ihn los. Thornton sah ihn kommen, und als Bud, von der gewaltigen Kraft des Stromes getrieben, wie ein Sturmbod gegen ihn stieß, reckte er sich in die Höhe und umklammerte mit beiden Armen den zottigen Hals. Hans legte die Leine um einen Baum, und Bud und Thornton kamen unter Wasser. Würgend, erstidend, und bald der eine, bald der andere zu oberst, schleppten sie sich über den zackigen Boden und stießen gegen Steine und Baumstämme, indem sie versuchten, das Ufer zu erreichen. Thornton kam, nachdem er heftig hin- und hergeworfen wurde, über einen Stamm hinweg bei Hans und Pete an. Sein erster Blick galt Bud, über dessen schlaffen und anscheinend leblosen Körper Rig ein jämmerliches Geheul aufstimmte, während Petes sein nasses Gesicht und die geschlossenen Augen leckte. Thornton, selbst arg geschlagen und zerschunden, beugte sich besorgt über Bud und stellte fest, daß drei Rippen gebrochen waren.

(Fortsetzung folgt.)

Die nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei, bei den für den Monat Mai zu erwartenden Neuwahlen in die Prämmer Gemeindevertretung eine gemeinsame Kandidatenliste aufstellen werden. Dieser „arische Block“ vereinigt Kampf mit Arbeitsgemeinschaftern, Aktivist mit Politisten, altschweizer Antirömische mit Nutzentägern, deutschnationale Gewerbestandretter mit gelben Streikbrechern. So im Gemeinderat von Brunn. Im Prager Parlamente aber können sie sich nicht auf den Namen kommen, die Lodgmänner und die Kreppleute. Das ganze aber heißt deutschbürgerliche Politik!

Kirchenpolitische Gesche. Der Geschehntwurf über die Regelung der Feiertage, der vom Innenministerium ausgearbeitet wurde und der Geschehntwurf bezüglich der Benützung der Kirche und Friedhöfe, über die bereits längere Zeit in der Koalition verhandelt wird und die zu den strittigsten Fragen in der Koalition gehören, wurden nunmehr dem interministeriellen Verfahren zur Verhandlung zugewiesen; es besteht die Hoffnung, daß es möglich sein wird, die Entwürfe dem Parlamente wenn nicht in der Frühjahrs- so doch in der Herbstsession zu unterbreiten.

Ausland.

Die Wirkung der Rede Hendersons.

Der Vorstoß Arthur Hendersons gegen den Versailler Vertrag, den er in einer Rede in seinem Wahlkreis gemacht hat, — Henderson forderte die baldige und gründliche Revision des Versailler Vertrages — verdient besondere Beachtung, weil er sich damit als Minister des Arbeiterkabinetts festgelegt hat. Die Argumente Hendersons gegen den Versailler Vertrag entsprechen vollkommen den Hauptargumenten, die bisher schon von vielen hervorragenden internationalen Gegnern dieses Vertrages des Unfriedens und des Unrechts gefunden wurden. Von besonderer Wichtigkeit ist die grundlegende Bemerkung, „daß der ganze Versailler Vertrag im Widerspruch zu den Vereinbarungen vor dem Waffenstillstand stehe, auf Grund deren Deutschland die Waffen niederlegte“. Das ist der moralische Ausgangspunkt des Kampfes gegen Versailles. Daß sich Henderson zum Anwalt der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit macht, ist ihm hoch anzurechnen. England hat aber auch einen namhaften materiellen Anlaß, den „Betrug von Versailles“, wie er es nennt, zu revidieren. Der wirtschaftliche Ruin Europas, der mit dem Ruin Deutschlands eng verbunden ist, hat auf die englische Wirtschaft mit schwersten Schäden zurückgewirkt. Die Arbeitslosigkeit in England ist die Folge der zerstörten Kaufkraft auf den Hauptteilen des Weltmarktes und diese Zerstörung der Kaufkraft geht von dem Niedergang der zentral-europäischen Länder aus.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die von Henderson gehaltene Rede habe beträchtliches Aufsehen in auswärtigen diplomatischen Kreisen und sogar Unruhe bei einzelnen Alliierten verursacht, obwohl Poincaré durch kürzlich von London nach Paris gegangene Mitteilungen gewarnt worden sei, daß eine Entwicklung dieser Art zu einem späteren Zeitpunkt von dem neuen britischen Kabinett erwartet werden könnte. Wenn es auch nicht ganz klar sei, ob Henderson durch seine Erklärungen das Tempo der Entwicklung beschleunigen wollte, sei es andererseits kein Geheimnis, daß sowohl innerhalb des gegenwärtigen Ministeriums als auch innerhalb der Arbeiterpartei die Ansicht herr-

sche, die auswärtige Politik der neuen Regierung sei bisher durch allzu viel Ueberlegung und Zögerlichkeit gekennzeichnet, für die Faldane und das Außenamt in der Hauptsache verantwortlich seien. Da andererseits die Revision des Versailler Vertrages seit langem der Hauptpunkt des außenpolitischen Programms der Arbeiterpartei sei, sei es möglich, daß Henderson, indem er erklärt habe, daß die bisherigen Bemühungen der Premierminister in der auswärtigen Politik hauptsächlich auf die Schaffung einer für die Revision des Versailler Bedingungen günstigen Atmosphäre hinstellten, nur eine Taktische Feststellung habe und nichts weiter.

Eine Krise des Genfer Sanierungswerkes.

Zwischen dem Generalkommissar Zimmermann und der österreichischen Regierung ist ein erster Konflikt ausgebrochen. Der Generalkommissar wirft der Regierung vor, daß sie das im November 1922 vereinbarte Sanierungsprogramm nicht einhält. Es handelt sich dabei um folgendes:

Die österreichische Regierung hat im November 1922 bekanntlich mit der Völlerbundkommission ein Sanierungsprogramm vereinbart, in dem ein Normalbudget mit bestimmten Einnahmen und Ausgaben festgesetzt war. Nun hat sich nach einhalb Jahren gezeigt, daß die Staatseinnahmen weit höher geworden sind, als sie nach dem Normalbudget werden mußten, dafür aber die Staatsausgaben nicht in dem Maße verkleinert werden konnten, wie dies gemäß dem Sanierungsplan geschehen sollte. Das Defizit ist verkleinert, sogar schneller verkleinert worden, als dies in dem Programm in Aussicht genommen war; aber es ist nicht in dem Maße, wie dies nach dem Programm geschehen sollte, durch Verkleinerung der Ausgaben, sondern durch eine über das Programm weit hinausgehende Erhöhung der Einnahmen verkleinert worden. Das ist es nun, was dem Generalkommissar nicht gefällt. Dr. Zimmermann besteht auf seinem Standpunkt und verlangt, daß die Ausgaben in dem Maße verkleinert werden, wie dies in dem Programm vorgesehen war. Die Regierung antwortet, das sei nicht möglich und sei auch gar nicht notwendig; da sie größere Einnahmen habe, als das Programm ihr vorschrieb, könne sie doch größere Ausgaben machen, als das Programm ihr erlaubte. Und da sich Dr. Zimmermann auf die Vereinbarung vom November 1922 beruft, antwortet die Regierung, sie werde an die „maßgebenden Stellen“ herantreten und sie um eine Änderung der Vereinbarungen bitten.

Das heißt mit anderen Worten, die österreichische Regierung droht dem Generalkommissar, sie werde sich an dessen Auftraggeber, nämlich den Völlerbund selbst, wenden. Die Regierung glaubt, dazu gezwungen zu sein, weil sie bis zum 1. Dezember 53.297 Bundesangestellte abgebaut hat und nach dem Programm, das bis zum 1. Juli den Abbau von 100.000 Bundesangestellten vorschreibt, noch 46.703 Bundesangestellte abgebaut werden müßten, was aber alle Zweige der öffentlichen Verwaltung vollkommen desorganisieren würde.

Es bleibt abzuwarten, ob der Völlerbund gleich dem Generalkommissar auf dem Wortlaut seines Programms beharren oder zu einer neuen Vereinbarung mit der österreichischen Regierung bereit sein wird.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Aus der Geschichte der Hygiene.

Körperliche Sauberkeit ist und heute eine selbstverständliche Voraussetzung für höhere Kultur. Die stolzen Denkmäler, die die Römer hinterlassen haben, sind neben ihren Theatern ihre Wasserleitungen und Bäder. Derartige Anlagen im großen Stil finden wir bereits in den hellenischen Städten im dritten vorchristlichen Jahrhundert, in Ephesus und Antiochia, in Alexandria und Athen. Wohin die Römer auch kamen, überallhin brachten sie ihre hygienischen Bedürfnisse mit: in Süddeutschland haben sie die Heilquellen gefaßt und zu bewundernswerten, bequemen Anlagen ausgebaut, in Badenweiler z. B. und in Baden-Baden. Im alten Orient, bei den Indem und Arabern, waren Waschungen von den Religionsstiftern vorgeschrieben, wie ja überhaupt die Religionspflege der ältesten Kulturvölker für ein ausgedehntes hygienisches Verständnis zeugen.

Die christliche Kirche hat von den Juden wohl die Fastengesetze übernommen als eine künge Maßnahme für die Schwächung des Körpers an die sommerliche Lebensweise, nicht aber irgendwelche Reinigungsvorschriften. Solange die Germanen noch im Freien lebten, mögen sie in den Flüssen und Seen geschwommen haben. Als sie aber in der engen mittelalterlichen Stadt zusammengepflückt wurden, hinter Mauern und Türmen, die sie von der Natur loszogen schützten, in ihren dampfenden Häusern, stehenden Wässhäusern und Ställen — allgemein wurde in deutschen Städten, selbst in größeren, wie Köln, Augsburg, Nürnberg, Vieh gehalten —, hörte die Reinlichkeit von selber auf. In den französischen und schwäbischen Städten stellte man die Häuser mit dem Giebel nach der Straße und ließ zwischen je zwei Nachbargrundstücken einen schmalen Spalt frei. In diesen Spalt wurde unbeschränkt aller Unrat, aller Abfall geworfen und konnte dort verfaulen. Von der Wirkung dieser primitiven Einrichtung im Verein mit der stehenden Kanalisation kann man sich noch heute in jenen Städtchen am Main, in Ochsenfurt, Marktredwitz, Rastdorf, überzeugen, freilich nicht zum Vorteil der Gesundheitsorgane.

Auf den Ritterburgen lebte es sich kaum angenehmer und gesünder als in den Städten. Die Verteidigungsmaßregeln und Vorrichtungen ließen für Licht und Luft der Bewohner nicht mehr viel übrig. Auch hier wurde nach Möglichkeit mit dem Regen geparkt, und die Schlafgemächer waren ebenso dampfend, finstere Löcher wie in den Bürgerhäusern. Auf diesen stolzen Schlössern ging es beiköbe nicht so zu wie im „Lehengrin“ oder in der „Lindie“. Der Aufenthalt im stolzen „Palas“ der Wartburg muß an langen Winterabenden bei sinkenden Zelampfen oder bei rauchenden Kaminen für unsere Begriffe unerträglich gewesen sein. Und von irgend welchen Wäsch- oder gar Badeeinrichtungen hat sich dort nirgends auch nur eine Spur gefunden.

Die mittelalterliche Stadt konnte immerhin noch Baderstuben. Man wurde da in hölzernen Zubern mit warmem Wasser abgeseift. Der Mann, der diesen Betrieb unter sich hatte, hieß „Bader“. Daß man von seinem Betrieb keine allzu hohe Meinung hatte, sondern den Baderstuben den Stempel hässlicher Bordelle aufdrückte, läßt schon deutlich erkennen, daß das Wesen mehr als notwendiges Uebel, als etwas — so paradox es klingen mag! — Schmutziges angesehen wurde. Der Dienst pflegte darinnen von zwöschtschönen Mädchen ausgeübt zu werden, und die Bürgerfrauen sahen es mir ungern, wenn ihre Männer, um den Stanz, Schwelch und Zähmung der Arbeit, am Abendabend abends abzuwägen, sich dort hin verfügten. So hatte sich gewissermaßen die Reinlichkeit von der öffentlichen Bedeutung, die sie im Altertum besessen hatte, in Dunkelheit schlupfwindel gelichtet. In den Klöstern, namentlich den weiblichen, wurde das Baden, weil man sich dabei ansehen mußte, als Arznei zur Sinnenlust empfunden und deshalb streng vermieden. Die katholische Kirche — Italien, Frankreich, Spanien gehen das deutlich — hat niemals die Hygiene irgendwie begünstigt. Im Gegenteil: die Wundergeschichten, etwa Maria Lourdes sind wahre Wunderwerke, weil selbst die elementarsten Gesetze der Sauberkeit in den Bädern dort außer acht gelassen werden. Die fromme Sitte des Käufens von Gefäßfiguren und von metallenen Kreuzen, die

Telegramme.

Internationale Bergarbeiter-Lagung.

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) In Brüssel tagte am 23. und 24. Febr. der Vorstand des internationalen Bergarbeiterverbandes. Die Tschekoslowakei war durch Genosse Jarolim vertreten. Verbandssekretär Hodges machte die Mitteilung, daß der russische Bergarbeiterverband mit 300.000 Mitgliedern um Anschluß an die Bergarbeiterinternationale ersucht habe.

Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, dieses Gesuch nur unter der Bedingung zu berücksichtigen, daß der russische Bergarbeiterverband das Statut der Internationale annimmt. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, den nächsten internationalen Bergarbeiterkongress vom 4. bis 9. August 1924 in Prag abzuhalten. Schließlich wurden zwei Resolutionen angenommen, in denen die Bergarbeiterorganisationen der einzelnen Länder aufgefordert werden, sich den Versuchen nach Verlängerung der Arbeitszeit mit allen zweckdienlichen Mitteln zu widersetzen und energisch für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch ihre Regierungen einzutreten.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 1. und 2. Juni in Wien statt, in der auch die letzten Vorbereitungen zum Prager internationalen Kongress getroffen werden sollen.

Der Reichstag über die Ausnahmeverordnungen.

Berlin, 27. Febr. (Wollf.) (Reichstag.) In der fortgesetzten politischen Aussprache sprach zuerst der Zentrumsabgeordnete Noos. Er sagte, daß der Ausnahmezustand und das Ermächtigungsgesetz im allgemeinen ihren Zweck erfüllt hätten. Im besetzten Gebiete erhoffte man von der Regierungspolitik die Wiedererlangung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Die Rechtsgültigkeit der Verordnungen erkenne das Zentrum an. Die Steuernotverordnung enthalte jedoch Bestimmungen, die einer Änderung dringend bedürften. Bezüglich der sozialen Verordnungen hätte ein großer Teil der deutschen Unternehmerschaft eine Haltung angenommen, die auch politisch sehr schlimme Wirkungen haben könnte.

Reichsjustizminister Emminger gibt eine Uebersicht über die Tätigkeit seines Ressorts unter dem Ermächtigungsgesetze. Die Verordnung betreffend den Zivilprozeß diene als Instrument zur Beschleunigung dieses Verfahrens. Im Strafprozeßverfahren sei die Durchführung von Expropriaen weit schwieriger. Die sozialistischen Abänderungsanträge seien wirtschaftlich undurchführbar. Eine Aufhebung der Steuernotverordnung würde eine neuverheerende Inflation herbeiführen und die schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Folgen haben.

Abgeordneter Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei) erklärte für die Parteien, die seinerzeit das Ermächtigungsgesetz getragen hatten, sei eine Beschränkung in Änderungs- und Aufhebungsanträgen geradezu politische Pflicht. Aber auch für die oppositionellen Parteien. Seine Partei wünsche, daß mit größerem Nachdruck der Lüge von der deutschen Alleinschuld am Krieg entgegengetreten und so die Voraussetzung geschaffen werde für eine Revision des Versailler Vertrages. Scholz schloß: Mit starkem Bedenken stehen wir der

völligen Aufhebung des Ausnahmezustandes gegenüber. Wir wollen die Stabilisierung unserer Währung nicht stören, darum hat unsere Fraktion auf Aufhebungsanträge verzichtet.

Namens der Deutschnationalen sprach Bergt. Er sagte: Wir verlangen, daß die Regierung jetzt mit allem Nachdruck die Revision des Versailler Vertrages betreibt. Dieser überalterte Reichstag hat nur noch die eine Aufgabe, in Schönheit zu sterben. Die Sozialdemokraten wollen mit ihren Anträgen nur das Leben des Reichstages verlängern. Der Wahltermin müßte mindestens auf den 6. April gelegt werden. Am besten wäre es, wenn gleichzeitig die Neuwahl des Reichspräsidenten erfolgen würde. „Das Volk“ ist gegen die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes. Gerade für die Reichstagswahlen muß der Ausnahmezustand aufrecht erhalten werden. Wir verlangen den schleunigen Abbau des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik und eine Revision der Weimarer Verfassung. Die Steuernotverordnung enthält die schlimmsten Verstöße gegen die steuerliche Gerechtigkeit. Wir beantragen deshalb ihre Aufhebung.

Völlisches Heldentum vor der Schlacht.

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) Der Vorsitzende der Deutschnationalen Reichstagsfraktion und der Deutschnationalen Volkspartei, der Abgeordnete von Bergt, wird von seinem Posten als Vorsitzender zurücktreten. In der heutigen Reichstagsagung war nämlich der sozialdemokratische Abgeordnete Adolf Hoffmann in der Lage, ein Dokument zur Verlesung zu bringen, aus dem hervorgeht, daß eben dieser Abgeordnete im November 1918 als preussischer Minister bereits am 8. November, also noch vor dem Ausbruch der Revolution, seinen Posten als Minister im Stich gelassen hat. Die Verlesung dieses Dokumentes erfolgte unmittelbar nach einer provozierenden Rede Bergts zu den schwebenden politischen Fragen. Die Verlesung erregte im Reichstag allgemeines Aufsehen und war den Deutschnationalen offensichtlich peinlich.

heiliger Bismarck, hilf uns!

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) Die Deutschnationale Volkspartei hat im Wahlkreis Westfalen einen Enkel Bismarcks als Spitzenkandidaten für den Reichstag aufgestellt. Mit der Kandidatur des erst 27jährigen Bismarck, der bisher politisch in keiner Weise hervorgetreten ist, spekulieren die Deutschnationalen offensichtlich auf die Verehrung, deren sich der Name Bismarck in weiten Kreisen der deutschen Bourgeoisie auch heute noch erfreut.

Wenn die Reaktion im Sattel sitzt.

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) Die neue bürgerliche Regierung bemüht sich mit aller Energie, ihren neuen Kurs in die Tat umzusetzen. Sie beginnt mit der Entlassung einer ganzen Reihe führender sozialdemokratischer Beamter. So wurden bisher zwei Ministerialdirektoren und ein sozialistischer Polizeimajor entlassen. Andere Entlassungen sollen in ganz kurzer Zeit folgen. Allerdings ist die neue Regierung gezwungen, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen dieser entlassenen Beamten die volle Pension zu zahlen, und sie belastet also durch ihre neue Beamtenpolitik die Finanzen des kleinen Landes ganz außerordentlich.

in der „heiligen Treppe“ im Rom und ihren zahlreichen Nachbildungen eingelassen sind, leisten, ebenso wie der Gebrauch gemeinschaftlicher Abendmahlstische bei den Protestanten, der Aufklärung mit Tuberkulose und Syphilis natürlich allen Vorschub. Ich werde nie den pessimistischen Gesank vergessen, der mir aus der Sokratisch von Santo Spirito in Florenz, einer der herrlichsten Renaissancekirchen Italiens, entgegenströmte. Die frommen Pfleger dieses Gottesdienstes müssen jaft an der Stelle, die von Donatello und Verrocchio Meisterwerken geschnitten ist, eine Latrine angebracht haben, und zwar eine ohne jede Wasserfüllung.

Man sollte meinen, die großen Herren, denen alle Mittel zu Gebote standen, um sich das Leben angenehm und erfrischend zu machen, die Fürsten der späteren Jahrhunderte, des 16., 17. und 18., müßten etwas für Körperpflege und Sauberkeit getan haben, aber davon merkte die Geschichte nichts. Alles ging für Etikette und Repräsentation darauf, mochte die Gesundheit noch so sehr darunter leiden. Beim Bau von Schlössern wurde auf Hygiene keine Rücksicht genommen: hohe, kalte, muffige Räume sind in den Residenzschlössern die Regel. Durch diese Neaur und stets verhängte Jalousien schlichen sich die Gottschändlichen vom Pöbel ab. Luftschleier und Sommerhüte werden nicht etwa im Gebirge angelegt, in erfrischender Luft, sondern in der Ebene, wo sich die französische Parkarchitektur anfallen kann. Die Parkanlagen und Kanäle locken Stechmücken an: die Parkanlagen von Karlsruhe und Braunschweig, von Schwetzingen nach Fahrenburg bei Rastatt — um Beispiele zu nennen — sind im Sommer unerträglich wegen der Mückenplage. In Versailles, das auf kumpfigem Boden steht, dürfte es kaum anders sein.

Und hier genossen die Auserwählten und Durchlauchtigsten mit ihrem Hofstaat, von Perücken bedeckt, mit Samt und Seide, mit Tressen und Wädhern und Schleiern behängt, die Damen in enge Röcher eingepreßt und von Reifröcken umgeben, die Natur. Die Schwäche wechselten sie nur selten; das Wäscherpersonal ist im Verhältnis zur übrigen Hofhaltung meist verschwindend gering. Die

Katzen führten ganz offen keine Stäbchen mit sich, um sich den Stoff unter der Lockenperücke zu kratzen, wenn es gar nicht mehr auszuhalten war. Die „stille Klausur“, die in der bescheidensten Bürgerwohnung von heute Selbstverständlichkeit ist, wird man in Versailles, in Schandbrunn, in Potsdam und Würzburg vergeblich suchen. Die wurde durch Nachtstühle ersetzt, die am nächsten Morgen aus den Schlafgemächern herausgetragen und entleert wurden. Die Vorstellung davon, wie dieses unmenschliche Geschäft untertags erledigt wurde, mag der Phantasie unserer Leser überlassen bleiben. Als ein bedeutendes Kunstwerk möge die Stelle in einem Briefe der Helotte von der Pfalz zitiert werden, der Gemahlin des Herzogs von Orleans, Ludwig XIV., Bruder geschrieben im Jahre 1678 in St. Germain:

Ich weiß einen Galan, welchen ich aber nicht nennen will noch darf, welcher als mit seiner Wirtin auf'n Nachstuhl geht, und wenn eins von ihnen seine Soeben verricht hat, dann sieht sich das andre drauf, und unterhalten einander auf diese Weise.

Nicht ganz so habnächlichen, wenn auch genügend widerwärtig ist, was die Schwester Friedrichs II. von Preußen über die Zustände im Berliner Schloß im 1720 in ihrem Tagebuch berichtet: „Vor meinem Zimmerfenster war eine hölzerne Galerie, welche die Schlafstühle miteinander verband. Diese war immer voller Unrat und unreinlich, so daß die Vorübergehenden ihre Kleider verdrachen und den ekelhaftesten Geruch zu ertragen hatten.“

Diese Zustände haben noch tief bis ins 19. Jahrhundert hinein angehalten. Im Palais Walhalla I. gab es kein Badezimmer: eine Fußbadewanne mußte jeweils im Hotel Stadt Rom gegenüber aufgestellt werden, wenn Majestät baden wollte. Und das Wäscherpöbel Goethes in seinem Weimarer Heim wird noch jeden ob seiner Wirtinlichkeit in Erstaunen gesetzt haben, der in den Wohn- und Gesellschaftsräumen gegen den Frauenplan zu die vollendete Lebensstufe des griechischsten unter allen Deutschen bewundert hat.

Wirtschaftliche Verschlechterung in Deutschland.

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten betrug am 25. Febr. 1,05 Billionen gegen 1,04 in der Vorwoche. Das bedeutet eine Zunahme der Teuerung in Deutschland in der vergangenen Woche um ein Prozent.

Die Militärkontrolle für Deutschland.

Paris, 27. Febr. (Sabas.) Die Botschafterkonferenz hat das britische Memorandum betreffend die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland zur Kenntnis genommen und es dem interalliierten Militärausschuss zur Prüfung nach Versailles gefandt. Der interalliierte Militärausschuss studierte hierauf unter Vorsitz des Marschalls Foch den Entwurf der Antwort an Deutschland in der Frage der Militärkontrolle.

Beschärfung im Bankangestelltenstreit.

Wien, 27. Febr. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen im Bankangestelltenstreit haben heute erst um sechs Uhr abends begonnen. Im Laufe des Tages haben die Unterhändler beider Teile ihren Auftraggebern Bericht erstattet. Der Zentralvorstand des Reichsbankvereins der Bankbeamten hat einen Beschluß gefaßt, daß er sich mit den weitgehenden Konzessionen, die seine Unterhändler bei den Verhandlungen gemacht hatten, nicht einverstanden erklären kann, um so weniger, als die Banken bisher keine entsprechenden Gegenkonzessionen gemacht haben. Das Verlangen der Banken, die Passivstunden zu teilen, lehnt der Zentralvorstand entschieden ab. Außerdem gibt er der Anschauung Ausdruck, daß die weitere Beobachtung der bisherigen Verhandlungsmethode zwecklos ist, und er fordert daher das Präsidium auf, sich der Organisation des weiteren Kampfes zu widmen.

Auch der Bund der Bankgehilfen hat sich dieser Ausschließung vollkommen angeschlossen.

Abbruch der Verhandlungen.

Wien, 27. Febr. (Eigenbericht.) Nachdem die Verhandlungen bis zehn Uhr abends gedauert hatten, wurden sie als ergebnislos abgebrochen. Die Unternehmer beharrten auf der Zweiteilung der Passivstunden, was von der Organisation abgelehnt wurde. Auch in den materiellen Forderungen wollten die Unternehmer keine angemessenen Zugeständnisse machen, sondern wollten bloß das gestrige Angebot einer Gehaltserhöhung von 2,6 Prozent auf 3,1 Prozent erhöhen und erklärten dies als letztes Angebot.

Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Es wird nunmehr der Kampf mit voller Schärfe einsetzen. Von morgen an werden den Banken auch die Heizer entzogen; außerdem wird morgen über die weitere Verschärfung noch beraten werden. Um elf Uhr vormittags tritt die Gewerkschaftskommission zu einer Beratung zusammen: Im Nationalrat, der nachmittags zusammentritt, werden die sozialdemokratischen Abgeordneten das Verhalten der Banken ebenfalls in einer dringlichen Anfrage zur Sprache bringen.

Amusements der Reichen.

Ein Nachspiel im Gerichtssaal.

Wien, 27. Febr. Heute begann vor einem Schöffengericht der für drei Tage anberaumte Prozeß gegen die sieben Personen, die beschuldigt sind, im Salon der angeblichen Sprachlehrerin Jda Kadinec-Cadde an sadistischen Vorführungen teilgenommen zu haben. Angeklagt sind die Kadinec, der Industrielle Taussig, der Teppichhändler Kotanyi, der Universitätsdozent, Dr. Bachstez, die Private Eugenie Degraffi, der Statthaltersekretär a. D. Baron Chlumetzky und der Burgschauspieler Komberg wegen Verbrechen der Schändung, der Verführung zur Unzucht und der Unzucht wider die Natur. (Einem weiteren Beschuldigten, es ist ein Prinz Schwarzenberg, gelang es, sich durch die Flucht nach Prag der Verhaftung zu entziehen. — Die Red.) Zur Verhandlung sind insgesamt 37 Zeugen, darunter der Vorstand der Lehrkanzlei für Psychiatrie, Dr. Wagner-Jauregg, geladen. Die Verhandlung wird geheim geführt.

Englisches Unterhaus.

Die Poplar-Debatte.

London, 26. Febr. Im Unterhause begann heute vier Uhr nachmittags die Poplar-Debatte. Das Haus war voll besetzt. Auf den vordersten liberalen Bänken saßen Asquith, Lloyd George, Simon, auf der Regierungsbank Macdonald, Snowden, Cines, der Wohlfahrtsminister Wheatley und andere Minister, ihnen gegenüber auf der vordersten Oppositionsbank Baldwin, Horne, Chamberlain und die meisten Minister der vormaligen Regierung. Das liberale Parlamentsmitglied Briand brachte einen Antrag ein, in dem gesagt wird, daß das Unterhaus die Aktion des Wohlfahrtsministers für geeignet hält, Ungeheuerlichkeiten und Unordnung zu ermutigen und in dem als das wirkliche Heilmittel für die schwierige Lage der bedürftigen Bezirke eine Reform der Londoner Verwaltung und des

Armenwesens gefordert wird. Der Antrag wurde von dem Liberalen Keens unterstützt. Hierauf verteidigte der Wohlfahrtsminister Wheatley in längeren Ausführungen den von ihm unternommenen Schritt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Poplarfrage wurde mit 295 gegen 228 Stimmen in namenlicher Abstimmung abgelehnt. Zahlreiche Liberale stimmten mit der Regierung für die Ablehnung des Antrages.

Die Henderon-Rede über Versailles.

London, 27. Febr. (M.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurden an den Premierminister einige Anfragen gestellt, die die Erklärung betreffen, welche der Sekretär des Innern, Henderon, in einer Rede machte, wo er sagte, daß der Vertrag von Versailles revidiert werden muß.

Macdonald wies auf die Antwort hin, welche er auf eine ähnliche Anfrage Lloyd Georges am letzten Montag gab, in der er erklärte, daß die Erklärung Henderons das Kabinett nicht gebilligt hat, und daß die einzige Erklärung, für die die Regierung verantwortlich ist, die politische Erklärung ist, welche er selbst am 12. Febr. im Parlamente abgab.

Der Abgeordnete der Konservativen Partei Mac Reill, der in der letzten Regierung Unterstaatssekretär für Auswärtiges war, fragte mit Rücksicht auf den Marm, den die Rede

Henderons auf beiden Seiten des Kanals verursachte, den Premierminister, ob er es nicht im Interesse einer direkten Handlung, nach der man sich sehnt, als seine Pflicht betrachtet, seinen Standpunkt in der Sache vollkommen klarzulegen.

Am Schluß der Anfrage beantragte Mac Reill, daß das Haus die Debatte eröffne über die Widersprüche der Minister über die auswärtige Politik und über die Erfolglosigkeit der Regierung in ihrem Streben, in der öffentlichen Meinung der alliierten Länder den Eindruck zu beseitigen, den die Rede Henderons hervorgerufen hat.

Der Konservative Armsby erklärte, daß der Rede des Sekretärs in allen französischen und italienischen Zeitungen allgrobe Aufmerksamkeit gewidmet wurde und dadurch die Angelegenheit tatsächlich internationale Wichtigkeit erlangt hat, und daß er es daher als notwendig betrachtet, daß der Standpunkt der Regierung zum Versailler Vertrage klargelegt werde.

Der Präsident des Unterhauses nahm aus diesem Grunde den Antrag an. Alle Konservativen und einige Liberalen unterstützten den Antrag und die Debatte wurde auf eine spätere Stunde des heutigen Abends festgesetzt.

Der Arbeitsminister Shaw erklärte, daß er binnen Kurzem beabsichtigt, eine Geseßgebung einzuführen, die dem Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag entsprechen würde.

Der Mordprozeß Hanifa.

Hilda Hanifa erklärt sich beim Verhöre für nichtschuldig.

Brünn, 27. Febr. In der gestrigen Nachmittagsverhandlung hat, wie wir bereits erwähnt haben, der Vorsitzende zwei Briefe des Angeklagten Veschly zur Verlesung gebracht, die dieser schrieb, als er sich mit Selbstmordabsichten trug. Die Briefe waren ihm von der Hanifa diktiert worden. Der Brief Veschlys an seine Eltern lautete:

„Lieber Vater und liebe Mutter! Ihr dachtet, ich sei in der Ranzlei. Aber Ihr irrtet. Ich war bloß ein Menschenknecht, wozu ich keine Veranlassung habe, wie Ihr selbst wisst. Deshalb mache ich ein Ende. Ich hatte schon längst die Absicht gehabt, mich zu töten. Auf einem Baum hinter dem Schuppen findet Ihr einen Strick, ich hing an diesem Baume. Aber der Strick gab nach. Schließlich kaufte ich mir von meinen Ersparnissen einen Revolver. Ihr wißt, wie sehr ich Hilda lieb gehabt habe. Da sie einen Mann hat, der sie quält, will ich sie retten. Sie weiß aber nichts davon. Behaltet sie auch weiter lieb. Löst nicht Euren Freundschaftsbund mit ihr und ihrer Mutter. Euch wird es wohl ergehen.“

Soweit hatte Hilda Hanifa den Brief diktiert.

Dann hatte Veschly noch dazugeschrieben:

„Vergeßt, daß Ihr einen Sohn gehabt habt. Auf dem Wege zum Grabe spannt mir die Karla und die Schwarze ein, meine Lieblingspferde. Ihr wißt, wie lieb ich Pferde habe, und wie sehr ich auch Musik liebe. Ich weiß, daß Ihr kein Geld habt. Erfüllt mir aber den letzten Wunsch: Stellt mir Musik. Grüßt alle und Ade!“

Den zweiten Brief ließ Hanifa den Veschly an sie selbst schreiben:

„Liebe Hilda! Auf Grund dessen, was ich in Prag von Dir gehört habe, und wovon ich mich selbst in Brünn überzeugt habe, weiß ich nun, was Karl für ein Mensch ist. Es ist mir nun eingefallen, daß ich Dich befreien könnte. Ich will mein Schicksal mit Deinem verknüpfen. Du weißt, daß ich nicht in der Ranzlei bin. Ich kann kein Menschenknecht sein. Während der ganzen Geschäftsreise habe ich keine Hoffnung, einen Posten zu finden. Ich will lieber sterben. Aber ich will Dich retten, damit meine Tat Dir hilft. Du weißt, daß ich als Cousin Dich lieb hatte, schon als 16jähriger Knabe, daß ich stets nur an Dein Glück dachte. An jedem meiner Sterbetage lege mir dafür auf mein Grab Blumen!“

Bei Verlesung dieser Briefe weinte der Angeklagte, während im Auditorium eine große Bewegung entstand.

Die heutige Verhandlung.

brachte die Fortsetzung des Verhöres mit der Angeklagten Hilda Hanifa.

Die Angeklagte erklärte nochmals, daß sie vollkommen unschuldig

sei. Sie hätte Veschly nicht zum Morde verleitet. Dann erzählt sie weiter, daß Veschly nach Brünn gekommen sei, um sie um einen Revolver zu bitten, den er, wie sie angibt, jedenfalls zu seinem persönlichen Schutz benötigte.

Vors.: Wann ist Veschly weggefahren?

Angell.: Veschly auferte am Mittwoch plötzlich den Wunsch, meinen Mann am Manöverfeld aufzusuchen. Ich begleitete ihn zum Bahnhof.

Vors.: Warum wollte er denn Ihren Mann besuchen?

Angell.: Um mit ihm wegen eines Postens zu sprechen und weiter, um ihm zu sagen, daß ich nicht entschlossen bin, weiter mit ihm zu reden.

Vors.: Und wie haben Sie sich dazu verhalten?

Angell.: Das war mir ja alles so gleichgültig.

Vors.: Veschly hat sich vor der Abfahrt photographieren lassen. Können Sie sagen, warum er es getan hat?

Angell.: Weil er überhaupt keine Photographie besaß.

Vors.: Das ist ja kein Grund. Ich besitze auch keine Photographie.

Angell.: Abends kam Veschly zurück und erzählte, er habe Hanifa nicht angetroffen. Am Donnerstag wollte Hanifa kommen, ich übersiedelte daher zu einem Bekannten, damit ich mit Hanifa nicht zusammenkomme.

Die Angeklagte gibt dann über Befragen des Vorsitzenden weiter an, daß sie Veschly den Revolver wegnehmen wollte,

um sich selbst zu erschießen.

Veschly habe aber den Revolver nicht hergegeben. Samstag hatte dann die Hanifa mit Veschly eine Zusammenkunft.

Der Kampf in der Wohnung.

Angell.: Ich sagte dem Veschly, daß ich nicht weiterleben wollte, wenn es nicht zur Scheidung kommt. Ich habe ihn aber nicht gebeten, daß er Hanifa erschießen soll, sagte überhaupt nicht, was er tun solle. Er sprach dann von seinem zukünftigen Posten. Um halb 8 Uhr früh kam ich nach Hause. Samstag fuhr Veschly wieder meinem Manne nach. Wohin er gefahren, wußte ich nicht. Nachmittags kam mein Mann gegen 5 Uhr.

Vors.: Warum?

Angell.: Weil er wußte, daß Veschly bei mir ist und daß er heute mit ihm sprechen wolle.

Vors.: Was geschah weiter?

Angell.: Er wollte mich angreifen. Mir graute aber. Ich eilte ins Badezimmer, er verlangte, daß ich wenigstens meinen Kopf herausschleide. Ich war der Meinung, daß er mich erschließen wolle, denn ich hörte im Nebenraum das Knacken des Revolverhahns. Ich war ungefähr eine Stunde im Badezimmer. Er ging weg und ließ mir einen Brief zurück, worin es hieß, daß er in die Scheidung einwilligen wolle, wenn es sein müsse, doch sei er davon überzeugt, daß dies nicht aus meinem freien Willen, sondern unter dem Druck der fremden Menschen geschehe. Doch er wolle nicht aufhören, mich weiter zu lieben.

Vors.: Dieser Brief liegt uns nicht vor.

Angell.: Der Untersuchungsrichter muß diesen Brief haben.

Vors.: Haben Sie Veschly den Brief gezeigt?

Angell.: Nein.

Die Angeklagte wird ohnmächtig.

Vors.: Was haben Sie dann getan?

Angell.: Ich bin ins Kino gegangen.

Vors.: Schon wieder einmal ins Kino. Nach einem Ringkampf um den Revolver ist sie ins Kino gegangen! Wer ging denn mit?

Angell.: Meine Mutter.

Vors.: Was war weiter?

Angell.: Meine Mutter riet mir auch, ich solle bis zur Erledigung meiner Scheidungsangelegenheiten in ein Kloster gehen.

Vors.: Wohin, in welches Kloster?

Angell.: In ein Nonnenkloster.

Bei diesen Worten erhebt sich Gelächter im Auditorium.

Im selben Moment fällt Hilda Hanifa ohnmächtig zusammen.

Während man sich um die Angeklagte bemüht, erhebt sich der zweite Verteidiger Dr. Etspan. Ich mache aufmerksam, daß sich unsere Klientin im sechsten oder siebenten Monat der Schwangerschaft befindet. Wir wollen damit beweisen, daß Hilda Hanifa immer die Wahrheit gesprochen hat, und zwar, daß sie in der Zeit vom 10. bis 19. August sich ihrem Mann hingeben mußte, weil dieser mit

einer Strafanzeige gegen Franziska Charvat wegen Fruchtabtreibung gedroht hat. Ich stelle daher den Antrag, die Herren Gerichtsärzte mögen die Angeklagte sofort einer Untersuchung unterziehen.

Vors.: Ich frage den Herrn Staatsanwalt, wie er sich zu diesem Antrag verhält?

Staatsanw.: Ich habe nichts dagegen!

Die Gerichtsärzte untersuchen hierauf im Inquiritenspital die Angeklagte. Die Verhandlung wird unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung bestätigen die Gerichtsärzte, daß sich Hilda Hanifa im sechsten oder siebenten Monate der Schwangerschaft befindet.

Der Verteidiger stellt an den Vorsitzenden das Ersuchen, das Publikum zu ermahnen, sich angesichts des Zustandes der Angeklagten eines würdigen und ersten Benehmens zu befleißigen. Die Angeklagte weint ununterbrochen.

Vors. (nach einer Weile im Verhöre fortfahrend): Am Montag abend kam Veschly und meldete ihnen, daß er Hanifa erschossen habe.

Angell.: Ja, das hat er getan. Dann lief er sofort aus der Wohnung weg.

Als der Vorsitzende dann fragt, wie Veschly die Tat dargestellt hatte, verweigert die Angeklagte die Antwort.

Vors.: Sie wissen es nicht? Das ist doch seltsam. Einen derartigen Eindruck kann man meines Erachtens nicht so schnell vergessen. Was taten Sie dann?

Angell.: Ich legte mich ins Bett, weil mir übel wurde.

Vors.: Wie lange war Veschly bei Ihnen?

Angell.: Nur wenige Minuten.

Vors.: Was hat Ihre Mutter getan?

Angell.: Sie weinte, ich aber weinte auch. Die Angeklagte beginnt krampfhaft zu weinen. Man hört nur die Worte: „Ich habe nur die Scheidung gewünscht, nicht aber seinen Tod. Ich schließ die ganze Nacht nicht!“

Vors.: Die Mutter hat auch nicht geschlafen?

Angell.: Nein. Wir beide konnten die ganze Nacht kein Auge zumachen.

Vors.: Was war dann?

Angell.: Nachmittags lasen wir in der Zeitung, daß Hanifa erschossen worden sei. Das Dienstmädchen brachte die Zeitung. Man schickte mich aus dem Zimmer, ich lehrte aber bald zurück.

Vors.: Ihre heutige Verantwortung steht wiederholt in krassen Widersprüchen mit Ihren in der Voruntersuchung gemachten Aussagen. Hier liegen doch familiäre Protokolle vor.

Angell.: Ich wollte anfangs Veschly nicht nennen, weil ich durch ihn in sehr große Erregung geraten bin.

Vors.: Das dachten Sie?

Angell.: Ich gebe zu, daß ich die Waffe verschafft und mich dadurch schuldig gemacht habe.

Vors.: Also wenigstens das geben Sie heute zu? Wie äußern Sie sich aber über Ihre Aussagen bei der Polizei und später bei Geriant?

Angell.: Ich habe getan, als ob ich alles aus den Zeitungen erfahren hätte, weil ich wußte, daß die Leute mich verunglimpfen, daß sämtliche Zeitungen mich beschuldigen, ich wußte, daß Veschly gegen mich voreingenommen war. Ich wollte daher nichts mehr widerrufen, aber alle die Protokolle beruhen nicht auf Wahrheit.

Vors.: Sie haben die Protokolle unterschrieben. Wir werden Sie Ihnen auch später vorlegen.

Angell.: Mir ist ja Alles gleichgültig gewesen.

Der Vorsitzende fragt hierauf Veschly, was er zu den Ausführungen der Mitangeklagten zu erwidern habe.

Veschly: Nicht ein Wort ist wahr, was sie bisher gesprochen hat.

Dann kommt es noch zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger, der einen Zwischenruf gemacht hat, zu einem Rekontr.

Die Nachmittagsverhandlung.

Die Einbernahme der Hanifa wird fortgesetzt und die in der Voruntersuchung mit ihr aufgenommenen Protokolle verlesen. Die Angeklagte versucht sich zu entlasten, indem sie alle ihre Aussagen widerruft, die sie irgendwie belasten und aus denen ein Zusammenhang mit der Tat hervorgeht. Sie erklärt, bei der Voruntersuchung unter dem Druck der Ereignisse gestanden zu sein und durch die öffentliche Meinung, wie sie in der Presse zum Ausdruck kam, beeinflusst gewesen zu sein.

Der Vorsitzende verfällt einigemal in einen gereizten Ton gegenüber der Angeklagten, wogegen der Verteidiger Dr. Goller unter Hinweis auf den Zustand der Schwangerschaft seiner Klientin Verwahrung einlegt.

Sodann wird mit der Einbernahme der dritten Angeklagten Franziska Charvat

begonnen. Nach Feststellung der Personalien wird der Angeklagten die Anklageschrift vorgelesen. Sie bekennt sich nicht schuldig und stellt jeden Zusammenhang mit dem Mord in Abrede. Auf die verschiedenen Vorhaltungen aus den Protokollen hat sie die fast ständige Antwort: „ich weiß nicht“. Sie versucht sich nach einzelnen Fragen vor deren Beantwortung an die Tochter zu wenden, was der Vorsitzende aber verhindert.

Um sechs Uhr abends schließt der zweite Verhandlungstag, ohne daß die Einbernahme der Charvat beendet wäre.

Der Prozeß dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach die ganze Woche dauern und eine Urteilsfällung vor Samstag kaum erfolgen.

Nach Italien fñhlt sich von Frankreich bedroht.

Rom, 26. Febr. Beim Empfang des Marinekommandos hielt M. Sfolini eine Ansprache, worin er sagte: „Was sich um uns herum ereignet, stellt die Marine in die erste Reihe. Ich hoffe, daß die Italiener dies begreifen werden. Auf der Landseite sind wir genügend geschützt; wir haben den Brenner und den unanstößbaren Monte Nevoso. Auf der Seeseite kann man nicht das Gleiche sagen. Mein Vorbehalt ist daher, die Kräfte unserer Marine, wenn auch nur stufenweise, aber unaufhaltsam zu steigern, und ich erkläre Euch, Marinekommandanten, daß ich dies tun werde, daß die Marine erhält, was ihr notwendig ist, um jederzeit gerüstet zu sein.“

Devikenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	Dollar 2.00-25
Paris 100	Schweiz. Franc 16.75.00	
Berlin 1	Mark 122.500.000.000-00	

Prager Kurze am 27. Febr.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1311.00	1317.00
1 Billion Mar.	7.75.00	7.95.00
100 belg. Franks	123.50.00	129.50.00
100 schweiz. Franc.	6.7.50.00	6.10.50.00
1 Pfund Sterling	15.42.50	15.12.50
100 Lire	152.12.50	153.62.50
1 Dollar	35.10.00	35.40.00
100 franz. Franks	147.50.00	149.00.00
100 Dinar	44.12.50	44.62.50
10.000 magyar. Kronen	6.40.00	6.90.00
1.000.000 poln. Mar.	3.45.00	4.21.00
10.000 österr. Kronen	4.53.00	5.03.00

Tages-Neuigkeiten.

Streitbrecher.

Das Schwachtiervoll beschloß sich zu verschwören, um gegen Raubtiermacht sich zu empören. Das ganze Heer der Schwachen war erschienen, Allein die Schlange fehlte unter ihnen. Da schickte man das fährtenkundige Reh zu ihr, sie zu gewinnen zur Idee. Vor ihrem Loch traf das Reh die Schlange. „Komm“, sprach es, „die Erhebung ist im Gange! Gilt's mit den Unterdrückten aufzuräumen, Darf keiner von den Unterdrückten säumen!“ „Gleich“, sprach die Listige, „sind ich mich ein!“ Und biß das Reh von hinten in das Bein. Dann kroch sie eilig zu den Räubern hin und bot sich ihnen an als Helferin. Panholzer („Der Abend“).

Eine entsetzliche Kindertragödie.

Vierzehn Jahre von den Eltern gefangen gehalten. Die Bezirkshauptmannschaft Umgebung Graz hat eine unheimliche und erschütternde Geschichte aufgedeckt, ein kaum fassbares abnormales Verbrechen, das Eltern einem Kinde angetan haben. In Berndorf bei Haindorf ging schon seit vielen Jahren ein Gerücht um, daß im Hause des Tischlers Anton Stadler ein Kind heranwuchs, das niemand kannte und niemand von Angesicht zu Angesicht erblickt hatte, das nie den Himmel, nie die Menschen sah, das wie eine Gestalt aus dunklen und phantastischen Märschen von der Außenwelt abgeschlossen wurde. Die Nachbarn wußten, daß dieses Kind existierte, daß es in der Dunkelheit ein verschollenes Leben fristete — aber sein Dasein reichte nicht in die Wirklichkeit des alltäglichen Lebens. Das Kind war bei den Behörden nicht gemeldet, es kam nicht in die Schule, es trat nicht über die Schwelle des unheimlichen Hauses, es gab kein Zeichen von sich — es war nur da, ohne irgendwie mit der Welt und den äußeren Dingen verknüpft zu sein. Langsam aber war die ganze Gegend von den mysteriösen Erzählungen erfüllt und die Schulbehörden und andere amtliche Stellen begannen, sich um die Vorgänge im Hause des Stadler zu bekümmern. Anfragen, Mahnungen, Drohungen blieben erfolglos — kein Echo scholl aus dem Hause zurück, alles blieb unverändert, dunkel, beklemmend.

Nun versuchte die Gendarmerie, in den seltsamen Kerker einzudringen und das Kind zu befreien. Aber die Mutter ging mit der Missetäterin auf den Gendarmen los, eine wehrlose Gendarmen des Herdes und der unanstößbaren Familie, eine grotesk unheimliche Wächlerin an der Schwelle der Elternmacht und des Elternrechtes. Das Kind gehörte ihr und niemand hatte sich um sein Schicksal zu kümmern. Mit Rücksicht auf die Verfassung der Frau wendeten die Gendarmen keine stärkeren Mittel an und entfernten sich unverrichteter Dinge.

Schließlich wurde die Anzeige an das Bezirksgericht Umgebung Graz und an die Bezirkshauptmannschaft erstattet. Am 21. Febr. begaben sich die Kriminalbeamten im Auto nach Berndorf. Die Beamten ließen den Kraftwagen unweit des Hauses stehen und schlichen sich an das Gebäude heran. Ein Kriminalbeamter klopfte an die Tür. Der Besitzer, in der Meinung es sei ein erwarteter Bekannter von ihm, öffnete, und die Kriminalbeamten drangen in das Haus ein.

Aus der grauenhaft schmutzigen, stickigen und verunreinigten Wohnung stürzte ihnen die Mutter entgegen und schrie: „Im Namen des Geistes, laßt mir das Kind!“ Schrie immer wieder dieselben Worte, als begehe sie keinen Widerstand gibt. Während ein Kriminalbeamter sich mit der toten Frau beschäftigte und ein anderer den vollkommen verstorbenen Vater über den Zweck der Kommission aufklärte, trug man das Mädchen, das sich mit Händen und Füßen wehrte, zum Automobil. Als es dort in Decken und Pelze eingeschlagen worden war, wurde es ganz ruhig und sah mit maßlos erstaunten Augen um sich. Es hatte die Welt noch nie gesehen. . . .

Im Hause schrie die Mutter: „Im Namen des Geistes, laßt mir das Kind!“ Der Vater aber nahm einen Strick und wollte sich erhängen. Man mußte ihm den Strick entziehen, um einen Selbstmord zu verhindern. Schließlich fuhr das Automobil davon, verfolgt von den drei Rufen der Bäuerin, die lange Zeit barfuß dem Wagen nachließ.

Das vierzehnjährige Mädchen, das sich nie vom Hause entfernt hatte, nichts und niemanden kannte, kam aus dem Staunen nicht heraus. Alles, was es sah, war ihm neu, selbst Enten waren ihm fremd. Von einer Eisenbahn hatte es nie gehört, sie Airche, ja selbst ein Haus, das größer als sein Elternhaus ist, erfüllte es mit Staunen. Das Mädchen, das körperlich völlig verwahrloßt ist, weiß nur seinen Vornamen „Liesl“. Von einem zweiten Namen hat es keine Ahnung. Man brachte das Kind zunächst nach Graz in das Schulhaus der Katholischen Frauenorganisation.

Das Ehepaar Stadler hat noch eine zweite sechs Jahre alte Tochter, die man trotz vor einem ähnlichen Schicksal bewahren wird.

Unerhörte Belehungsmaßnahme. In Troppau ereignete sich folgender Fall: Der Lehrling des Tischlermeisters Luz in Troppau, Rokomanitz aus Spachen Dorf, erkrankte eines Tages und konnte früh nicht rechtzeitig aufstehen. Da sich der Junge nicht bliden ließ, kam der Meister in sein Zimmer und warf den Burschen aus dem Bett. Als dieser nun meinte, er könne nicht aufstehen, sagte der Meister, daß er zu faul sei und prügelte ihn mit einer Peitsche durch. In der Gewerbeschule fiel dem Lehrer das Benehmen des Lehrlings auf und er fragte ihn, was er denn habe. Der Lehrling erzählte ihm nun, daß er krank sei, aber trotzdem arbeiten und die Schule besuchen müsse. Der Lehrer (ein junger Tischlermeister) hieß den Knaben nach Hause gehen, wogegen sich aber der Lehrling aus Furcht vor Prügel durch den Meister sträubte. Am nächsten Tage mußte der Bursche wieder zeitig aus dem Bette heraus und zur Sobelbank, bei der er zusammenbrach. Auf Weisung des Arztes mußte er sofort in das Spital geschickt werden, wo er am nächsten Tage starb. Diese Belehungsmaßnahme erregte in Troppau großes Aufsehen und wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Herr Luz ist in Troppau als Lehrlingszüchter allgemein bekannt und es wäre angezeigt, daß die Behörde gegen diesen Meister endlich energisch vorgeht und ihm das Halten von Lehrlingen überhaupt verbietet.

Mitglieder der Mariascheiner Falschmünzerbande in Dresden verhaftet. Von der Dresdener Kriminalpolizei wurden in Gemeinschaft mit einem Beamten der Prager Polizei ein Photogramm und zwei Kaufleute wegen Münzverbrechen verhaftet. Sie haben mit mehreren bereits in der Tschechoslowakei festgenommenen Personen in Mariaschein eine Falschmünzwerkstätte für 20 Kronen-Roten eingerichtet. Der Photogramm hat die technischen Arbeiten und den Druck besorgt, die beiden Kaufleute andere Arbeiten und die Weiterverbreitung des Falschgeldes. Der Verhafteten erklären, etwa 2000 Stück falscher 20 Kronen-Roten hergestellt zu haben.

Die Wöchnerinnenunterstützung für Familienangehörige. Von der Bezirkskrankenkasse Wopert wird uns mitgeteilt: Die politische Landesverwaltung in Prag hat mit dem Erlaß vom 6. Febr. l. J. Z. 49.230, die Wöchnerinnenunterstützung für Familienangehörige genehmigt. Für alle Fälle, welche nach dem 1. Jänner l. J. eingetreten sind, erhalten die Angehörigen sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Geburt den vierten Teil des dem Mitgliede zustehenden Krankengeldes, wenn das Mitglied in den letzten zwölf Monaten in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung stand, die Stillprämie durch zwölf Wochen, wenn das Mitglied mindestens durch vier Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung stand, in derselben Höhe, wie die Wöchnerinnenunterstützung.

Die Bekämpfung der Rauchplage in Groß-Prag. Der Magistrat der Stadt Prag teilt mit: Das Bauamt hat die Bekämpfung der Rauchplage begonnen und eine Reihe von industriellen Etablissements (staatlichen, Landes-, Gemeinde- und privaten) beauftragt. Die Art und der Umfang der Anstände wurde an Ort und Stelle konstatiert, die betreffenden Unternehmungen über die Ursachen der Katastrophe unterrichtet und ihnen allgemeine Anregungen gegeben. Neben den verschiedenen industriellen Unternehmungen haben auch den größten Anteil an den Rauchkalamitäten die Zentralheizungen der öffentlichen Gebäude. Aus dem Resultat der Untersuchung und aus den verschiedenen Ursachen der Rauchentwicklung geht hervor, daß die Aufgabe des Bauamtes keine leichte sein wird und daß ein zufriedenstellendes Resultat nur durch Zusammenarbeit mit den Besitzern erlangt werden kann.

Eine Typhusepidemie ist in den letzten Tagen in Blowitz ausgebrochen. Es erkrankten daselbst 40 Personen, von denen 20 in das Pilsener Krankenhaus überführt wurden.

Ein Blatt für die sozialistischen Frauen Deutschlands. Das bisherige sozialistische Frauenblatt „Die Gleichheit“ war vor einigen Monaten ein Opfer der verheerenden Inflationenwirkungen geworden und hatte das Schicksal der „Neuen Zeit“ und der „Kommunalen Praxis“ teilen müssen. Jetzt wird sie am 1. März in völlig veränderter Gestalt und unter neuem Namen wieder aufleben. Der Verlag J. S. W. Dieb Rachtlger gibt eine Frauenzeitschrift heraus, die den Titel „Frauenwelt“ führen wird. Sie soll den Versuch unternehmen, die bürgerlichen Familienblätter zurückzudrängen, indem sie ihnen etwas in der Form Gleichwertiges, in Gestalt und Charakter aber Besseres entgegenstellt. Sie erscheint am 1. und 15. jeden Monats zum Preise von 30 Pfg. für das sechzehnseitige Heft.

Massenauswanderung aus Süddeutschland. Aus Süddeutschland scheint eine Massenauswanderung einzusetzen, die bereits zu einem erheblichen Rückgang der Bevölkerungszahl an manchen Orten geführt hat. Während in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres nur 18.000 Personen nach Amerika auswanderten, ist die Zahl der Auswanderer in der zweiten Hälfte 1923 auf 40.000 gestiegen, nicht gerechnet die große Zahl von Auswanderern nach anderen Ländern. Die Regierungsmethoden der Balkenkreuzer in der „Ordnungszelle“ Bayern beginnen also ihre Wirkungen auch auf die Einheimischen auszuüben: Diese wandern lieber aus, als die Segnungen der verschiedenen Ordnungs- und Kampfverbände länger zu ertragen.

Rechtsbegriffe im katholischen Bayern. Am 21. Febr. waren es fünf Jahre, daß Kurt Eisner, damals Ministerpräsident von Bayern, auf dem Wege zum Landtag von dem Leutnant Graf Arco-Valley durch zwei Kopfschüsse getötet wurde. Arco, der zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt ist und ausnahmsweise bisher weder begnadigt wurde noch gelassen ist, befindet sich also noch in Haft. Den Todestag Eisners benützte nun die Bayerische Volkspartei zur Einderung einer großen Bauernversammlung nach Dillingen. Diese Versammlung faßte einstimmig den Beschluß, vom Justizministerium die Freilassung des Mörders zu fordern. „Du sollst nicht töten“ ist eines der Gebote, die angeblich direkt von Gott stammen; wenn du aber tötest, dann töte einen Sozialisten oder Kommunisten, denn dann fordern deine katholischen Freunde deine Freisprechung und der Herr der Heerscharen wird dich schützen mit aller seiner Macht und Herrlichkeit und der Macht aller Katholiken.

Ein Streit um eine Arbeiterglasfabrik. Aus Paris, den 26. Febr., wird gemeldet: Der Streit um die Arbeiterglasfabrik in Albi nimmt bedenkliche Formen an. Es besteht seit längerer Zeit eine Spannung zwischen dem Personal und dem Verwaltungsrat, welcher aus den Vertretern verschiedener Arbeiterorganisationen zusammengesetzt ist. Obwohl das Syndikat der Glasarbeiter über die Mehrzahl der Aktien verfügt, ist es durch die Statuten daran gehindert, in der Generalversammlung der Aktionäre, welche dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates die Vollmachten erteilt, die Oberhand zu gewinnen. Das Syndikat der Glasarbeiter hat beim Gerichte von Albi ein Gesuch eingereicht, die Fabrik unter Sequester zu stellen. Der Verwaltungsrat hat demgegenüber eine Verlegung der Entscheidung angestrebt, wiewohl das Syndikat mit schwersten Maßnahmen gedroht hat, falls die Angelegenheit im Verlaufe des gestrigen Tages nicht geregelt werde. Der Syndikatsausschuß, der seit einiger Zeit die Leitung des Betriebes in der Fabrik selbst übernommen hat, hat nun heute nachts ein Magazin der Fabrik in Brand gesteckt. Der Fabrikatsausschuß, bestehend aus sechs Mitgliedern, wurde deshalb verhaftet. Die Glasfabrik steht unter Bewachung den Gendarmen. Die Glasesen werden nach einander ausgeblasen und der Betrieb eingestellt werden.

Ukrainische Demonstrationen in Lemberg. Anlässlich der Exhumierung der Frau Olga Wessarabowa, die, wie bereits gemeldet, im Lemberger Gefängnis Selbstmord begangen hat, kam es in den Straßen Lembergs zu nationalistischen Manifestationen der ukrainischen Bevölkerung. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Die Kohlenfunde auf Spitzbergen. Die niederländische Gesellschaft für Spitzbergen beginnt heuer im Sommer mit der Kohlenförderung in großem Ausmaße in Green Harbour auf Spitzbergen. Die jährliche Förderung wird auf 300.000 Tonnen geschätzt.

Eisenbahnkatastrophe in Vorderindien. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich am 23. d. in Lahore (im Punjab). Ein Güterzug entgleiste auf einer Brücke der Nordwestlinie. 29 beladene Wagen wurden vollständig zertrümmert und die Brücke durch Zerstörung zweier Bögen schwer beschädigt. Sieben Personen wurden getötet und elf verletzt; es sind dies durchwegs Eisenbahnbeamte.

Erstmord aus religiösem Wahnsinn. Eine beispiellose Sensationsaffäre hält die New Yorker gesamte Öffentlichkeit in Aufregung. Wie die Universal Telegraph Agency berichtet, wurde ein Führer der Universalität Washington, Frank Mac Dowell, der vor seiner Graduierung zum Doktor stand, unter der Anklage verhaftet, seine beiden Schwestern und sojann seinen Vater und seine Mutter ermordet zu haben. Die beiden Schwestern des Verhafteten wurden in ihrer Vaterstadt Decatur in Georgien während der letzten Sommerferien in ihrem Zimmer tot aufgefunden. Die sechzehn- und siebzehnjährigen Mädchen, zwei bekannte Schönheiten, waren in ihren Betten auf gäßliche

Weise ermordet worden. Die Bevölkerung von Decatur, von furchtbarer Aufregung ergriffen, beschuldigte die Mutter, die beiden Schwestern ermordet zu haben. Einige Mörder wurden ergriffen und gehängt. Nach dem größten Tode ihrer beiden Töchter überfiel den Herr und Frau Dowell nach einer anderen Stadt. Dort wurden sie eines Morgens in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Beide hatten Revolverkugeln in den Kopf erhalten. In demselben Zimmer lag auch ihr Sohn Frank Dowell mit einer kleinen Wunde am Kopf. Er behauptete, unbekannte Männer seien in das Zimmer gedrungen, hätten Vater und Mutter erschossen und ihn selbst verunwet. Die Umstände waren aber derart verdächtig, daß die Polizei den jungen Dowell verhaftete. Nun gestand er, seine Eltern getötet zu haben, sowie er auch seine beiden Schwestern ermordet hatte. Es scheint, daß Frank Mac Dowell ein religiöser Wahnsinniger sei. Zumindest behauptete er vor dem Untersuchungsrichter, er hätte auf Befehl eines bösen Geistes gehandelt.

Schneefälle in Mittelitalien. In Nord- und Mittelitalien herrscht strenge Kälte. In Florenz ist Schnee gefallen; es war der stärkste Schneefall seit 20 Jahren.

Sturmschäden in der Ukraine. In der Ukraine wütet schon die ganze Woche ein riesiger Sturm. An vielen Orten wurde die Bahnverbindung durch Schneewehen unterbrochen.

Wetterüberblick vom 27. Febr. Mittwoch ist der Himmel fast in der ganzen Republik bedeckt, an vielen Orten fällt etwas Schnee. Die Temperatur hat in jenen Gegenden zugenommen, in denen die Bevölkerungszunahme erst Mittwoch erfolgt ist. Westböhmen ist kälter als Dienstag morgens. Die tiefste Temperatur wird vorläufig aus Crasffy Bodajom mit -18 Grad Celsius gemeldet. — Die Barometrisches Wetter von heute: Keine Aenderung.

Die schmutzigste Ortschaft der Welt. Pharijona, wo die neue Mount-Everest-Expedition für einige Wochen Quartier zu beziehen gedenkt, darf den fragwürdigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, der schmutzigste Ort der Welt zu sein. In einem kleinen Hügel inmitten der Ebene, von der der Ort seinen Namen erhalten hat, gelegen und wenige Kilometer von dem Chomolhari, einem der herrlichsten Berge Tibets erhebt, bezieht Pharijona aus einer Feste, um die herum etwa 200 Hütten stehen, in denen die Eingeborenen leben. Als der Ort vor etwa 500 Jahren angelegt wurde, lagen diese Hütten über dem Straßenniveau. Heute aber sind, dank der Geflogenheit der Bewohner, allen Unrat und Müll vor die Tür zu schütten, die Häuser im Schmutz begraben, durch den Wege nach der Straße gegraben worden sind. So kommt es, daß das Straßenniveau heute zumeist über den Dächern der Häuser liegt. Vor dem Kaiser haben die Eingeborenen derartige Schmutz, das sie sich ihr ganzes Leben nicht einmal waschen. Pharijona liegt rund 5000 Meter über dem Meeresspiegel und ist demzufolge der höchstgelegene unter den ständig bewohnten Orten der Erde. Während ihres Besuchs werden die Mitglieder der Everest-Expedition, die zunächst den Chomolhariberg näher erforschen wollen, der Unannehmlichkeit überhoben sein, in den Schmutzquartieren der Eingeborenen zu wohnen, da ihnen die indische Regierung das hübsche Landhaus, das sie für ihre in Tibet beschäftigten Beamten erbaut hat, zur Verfügung stellt. Hier befindet sich auch ein Post- und Telegraphenamt, das wohl das höchstgelegene der Welt ist und von dem aus die Expedition ihre Berichte in die Welt senden wird.

Belieres. Herr Müller erzählt seinen Freunden zwischen zwei Glas Bier seine Erfahrungen auf einer Forschungsreise im Innern Afrikas. Er verweilt besonders lange bei der Schilderung eines Volksstammes, bei dem der Gebrauch von Kleidern gänzlich unbekannt ist und schlicht: „Die Damen bedecken sich hier lediglich mit einem Feigenblatt. Sie sind träge und verbringen ihre ganze Zeit damit, über Toilettenfragen zu reden.“ — Ein Mann von etwa 30 Jahren steht wegen Bagabundage und Diebstahl wenigstens schon 50mal verhaftet, neuerdings vor Gericht. Der Präsident trägt ihn, wann er überhaupt aufgehört habe zu arbeiten. „Seitdem meine Mutter gestorben ist, eine liebe, seltene Frau!“ Der Präsident (eingeatmet gerührt): „Und wie alt waren Sie, als Ihre Mutter starb?“ „Sechszehn Monate, Herr Präsident!“ — Kaffe-Worte. Der Typus des Neureichen der im Kriege und nachher leider so sehr herabgelassen ist, hat im Volksmund den Namen „Kaffe“ erhalten und ist in unzähligen Wigen verspottet worden. Besonders fruchtbar in der Mitteilung solcher „Kaffe-Worte“ ist der Berliner Volkshumor gewesen, wie die Sammlung beweist, die Dr. Franz Leberer in seinem beim Verlag der Germania erschienenen Buch „Berliner Humor“ mitteilt. Einige Proben seien hier wiedergegeben: „Kaffee laufen sich einen Teppich auf dem das Wort „Salve“ (Seil gegrüßt) steht. Zu Hause schlägt Kaffe in dem neu gekauften Konfektions-Periton nach und sagt dann zu seiner Frau: „Det aus dem Teppich stimmt nicht; id habe ja leich gemußt, det Salbe mit „h“ jelschrieben wird.“ — Frau Kaffe erzählt, ihr Junge gehe jetzt aufs „Alegymnasium“. „Sie meinen wohl Realgymnasium“, verbessert sie jemand. „Aee, mein Lieber“, sagt sie überlegen. „Es heißt Realgymnasium; id bin schon mit dem Seal (Seesal) genug reingefallen.“ — Bullenschlägers wollen sich Kaffee laufen. Der Buchhändler legt ihnen Goethe vor. „Was kostet der Band?“ „In Bappe 12 M., in Weinen 18 M., in Halbkranz 30 M. und in Ganzleder auf bestem Papier 65 M.“ „Na, und von welcher Preislagen ab ist er denn klassisch?“ — Frau Kaffe erzählt ihrer Freundin, sie gehe heute abend ins Schauspielhaus. „Was wird denn gegeben?“ „Ja, das wissen wir nicht noch nicht ganz genau. Aus dem Bettel steht entweder Minna von Barnhelm oder das Soldaten

kleine Chronik.

Ein probates Mittel Rembrandts. Von Rembrandt wird erzählt, daß er dem ewigen Schwagen seiner Frau auf eine sehr eigenartige Weise ein Ende bereite. Sie plauderte nämlich immer mit den andern Wägden durch das Fenster und störte ihn damit sehr. Er malte ihr naturgetreues Bild und stellte dieses ans Fenster. Die vorübergehenden Wasserträgerinnen hielten nun das Bild für die Frau und wollten mit ihr plaudern. Da sie keine Antwort erhielten, brachen sie in Schimpfreden aus und gingen schließlich gleichgültig vorüber. Sie wurden auf die Frau so böse, weil sie ihnen nicht antwortete, daß sie auch mit der richtigen Frau nicht mehr sprachen, und so wurde der Maler nicht mehr gestört.

Der „fliegende Holländer“ vor Liverpool. Während eines heftigen Sturmes sahen die Bewohner von Liverpool kürzlich, wie der Dampfer „Jed“ Kielüber ging und von der Gewalt des Sturmes in den Hafen geschleudert wurde. Raum war die Mannschaft in Sicherheit gebracht, als der Schleppdampfer „Spurno“, der zur Hilfeleistung herbeigeeilt war, auf ein unsichtbares Hindernis auftrante und zu sinken begann. Auch seine Mannschaft konnte gerettet werden. Inzwischen sah man mit Staunen, wie sich die „Jed“, an deren Bord sich keine Menschen mehr befand, ohne fremde Hilfe aufrichtete, stößt und lehrzengerade auf See hinausfuhr und im Nebel verschwand. Man hat das Schiff seither nicht mehr gesehen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, I. Edgar, Reljanka 2a. 2335

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Kari Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

Volkswirtschaft.

Der tschechoslowakische Außenhandel im Jahre 1924.

Passivum neunzehnhalb Millionen Kronen.

Das statistische Staatsamt hat seit 1. Jänner seine Statistik des Außenhandels verbessert. Die Statistik der Einfuhr enthält nicht nur die Einfuhr in den freien Verkehr, sondern auch die Einfuhr im Vormerkverkehr behufs Veredelung oder Reparatur im Inland, sowie Wiedereinfuhr der im Vormerkverkehr ausgeführten Waren zur Veredelung oder Reparatur im Ausland. Ebenso enthält die Spezialausfuhr nicht nur die Ausfuhr aus dem freien Verkehr, sondern auch die Ausfuhr im Vormerkverkehr, behufs Veredelung oder Reparatur im Ausland sowie Wiedereinfuhr der im Vormerkverkehr ausgeführten Waren zur Veredelung oder Reparatur im Inland. In den früheren Jahren wurde bloß die Ein- und Ausfuhr des freien Verkehrs statistisch aufgenommen. Durch die Bildung der Kategorie der Spezialausfuhr und Spezialausfuhr hat sich das statistische Staatsamt der in anderen großen Handelsstaaten üblichen Methode angepaßt und dadurch einen internationalen Vergleich statistischer Daten ermöglicht.

Die gesamte Spezialausfuhr in die Tschechoslowakische Republik im Monate Jänner 1924 hatte den Wert von 809.787.918 Kronen, die gesamte Spezialausfuhr einen solchen von 800.273.845 Kronen. Demzufolge überstieg die Einfuhr die Ausfuhr um 9.515.073 Kronen. Das genannte Passivum erklärt das statistische Staatsamt durch die geringere Ausfuhr zu Wasser (Einfrieren der Eise).

Was die Ein- und Ausfuhrländer betrifft, betrug in Prozenten der Gesamteinfuhr die Einfuhr nach Deutschland 33,10, Vereinigte Staaten von Amerika 8,25, Oesterreich 8,06, Italien 6,66, Polen 4,40, Magyaren 3,76, Jugoslawien 3,24, Großbritannien 3,14, Rumänien 2,84, Schweiz 2,79, Frankreich 2,72, Niederlande 2,18, Belgien 0,52, sonstige Staaten 18,34 Prozent.

Die Ausfuhr betrug in Prozenten nach Oesterreich 23,50, Deutschland 19,60, Italien 7,54, Magyaren 7,00, Großbritannien 5,95, Vereinigte Staaten von Amerika 5,56, Jugoslawien 4,15, Rumänien 3,49, Frankreich 2,21, Schweiz 1,95, Polen 1,90, Niederlande 1,40, Belgien 0,68, sonstige Staaten 15,07 Prozent.

Die dem Warenwerte nach wichtigsten im Spezialhandel ein- und ausgeführten Waren im Monate Jänner 1924 waren die folgenden:

A. Spezialausfuhr.

Baumwolle, Garne und Waren daraus 180.010.988 K, Wolle, Wollgarne und Wollwaren 84.103.997 K, Getreide, Malz etc. 72.709.332 K, Schlacht- und Zugvieh 55.318.370 Kronen, Felle 35.394.895 K, Fisch, Hanf, Jute etc. 33.209.579 K, Eisen und Eisenwaren 23.689.129 K, Uedle Metalle und Waren daraus 23.617.282 K, Tierische Produkte 23.669.401 K, Firnisse, Farbwaren 20.461.061 K.

B. Spezialausfuhr.

Holz, Kohlen 133.084.917 K, Baumwolle, Garne und Waren daraus 103.399.512 K, Zucker 99.174.825 K, Wolle, Wollgarne und Wollwaren 83.781.397 K, Glas und Glaswaren 78.400.503 K, Eisen und Eisenwaren 69.150.998 Kronen, Getreide, Malz etc. 30.194.673 K, Obst, Gemüse, Pflanzen und Pflanzenteile 29.005.436 Kronen, Fisch, Hanf, Jute etc. 24.200.682 K, Lohwaren 16.166.425 K.

Verhandlungen im nordböhmischem Baugewerbe.

Am 25. Feber fand in Ueichenberg die sechste Verhandlung wegen Schaffung eines Lohnvertrages im Baugewerbe für den Reichsberger Handelskammerbezirk statt. Die Verhandlung verlief wiederum resultatlos, da die Unternehmer nach wie vor auf dem Lohnabbau bestanden. Der verlangte Lohnabbau scheint für den Arbeiterbund in Ueichenberg zu einer Prestigefrage geworden zu sein. Daß bei den steigenden Indizes ein Lohnabbau zur besonderen Notwendigkeit geworden und gerechtfertigt ist, werden die Unternehmer kaum nachzuweisen imstande sein. Nicht aus Gründen der Notwendigkeit, nicht weil irgend eine Voraussetzung für den Lohnabbau im Baugewerbe vorhanden ist, soll derselbe durchgeführt werden, sondern weil es starker Unternehmerstandpunkt haben will. Die Existenz- und Lebensmöglichkeit der Bauarbeiter soll noch weiter herabgedrückt werden. Die Bauarbeiter verlangen die Stabilisierung der bisherigen Löhne. Welches Lohnneinkommen jährlich von den Bauarbeitern bei der Stabilisierung im günstigsten Falle erreicht werden kann, ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich. Die Unternehmer erklären, daß der Bauarbeiter im Jahresdurchschnitt 2000 Stunden im Beruf beschäftigt ist. Nach dieser Behauptung wäre der Bauarbeiter durch 50 Wochen durchschnittlich 40 Stunden im Beruf tätig und nur zwei Wochen können im Jahr als arbeitslos in Frage kommen. Daß dies selbst bei vollwirtschaftlich normalen Verhältnissen nicht zutrifft, diese Behauptung sich vielmehr nur auf Ausnahmefälle bezieht, wird jeder Laie zugeben. Dabei kommt noch in Betracht, daß bei der jetzt herrschenden Krise die Bauarbeiter während der Arbeitslosigkeit, in keinem anderen Beruf irgendeine Beschäftigung bekommen können. In der nachstehenden Tabelle ist aber trotzdem die Behauptung der Baumeister von einer Beschäftigungsdauer von 2000 Stunden im Jahr zur Berechnungsgrundlage genommen worden.

	Jahresarbeits-	Wochen-
	verdienst	durchschnitt
Maurer und Zimmerer	K8	K8
ab 3. Gehilfenj. 1. Lohnkl.	9140.—	175.77
ditto. 2. "	8600.—	165.38
ditto. 3. "	8240.—	158.46
ditto. 4. "	7400.—	142.30
ditto. 5. "	7000.—	134.61
Eisenbleger und Verschaler		
1. Lohnkl.	8220.—	158.07
ditto. 2. "	7740.—	148.84
ditto. 3. "	7420.—	142.69
ditto. 4. "	6660.—	128.07
ditto. 5. "	6300.—	121.15
Hilfsarbeiter über 18. Jahre		
1. Lohnkl.	6860.—	131.92
ditto. 2. "	6440.—	123.84
ditto. 3. "	6180.—	118.84
ditto. 4. "	5550.—	106.73
ditto. 5. "	5250.—	100.96
Arbeiterinnen und Jugendliche		
1. Lohnkl.	4560.—	87.69
ditto. 2. "	4300.—	82.69
ditto. 3. "	4120.—	79.23
ditto. 4. "	3700.—	71.13
ditto. 5. "	3500.—	67.30

Das sind die Löhne, welche nur von einem sehr geringen Bruchteil der Gesamtzahl aller Beschäftigten erreicht werden können! Die überwiegende Mehrheit hat bedeutend geringere Durchschnittsverdienste pro Woche. Es wird niemand behaupten können, daß die Durchschnittslöhne der wenigen Glücklichen, die 2000 Stunden arbeiten können, zu hoch sind. In Wirklichkeit kann die durchschnittliche Beschäftigungsdauer eines Bauarbeiters im Jahre höchstens mit 1600 Stunden angenommen werden. Bei dieser, der Wirklichkeit näher kommenden Annahme beträgt die Jahreslohnsumme eines gelernten Arbeiters in der ersten Lohnklasse ab drittem Gehilfenjahre K 7312.—, der durchschnittliche Wochenverdienst K 140.61. Dies sind gelernte Arbeiter und die bestbezahltesten. Und diese Löhne wollen die nordböhmischem Baumeister herabsetzen! Die Löhne in den anderen Lohngebieten sind bei dieser Berechnungsgrundlage logischerweise noch bedeutend niedriger. Die Öffentlichkeit möge urteilen, ob das Verlangen der Bauarbeiterschaft, die jetzigen Löhne zu stabilisieren, selbst bei Anwendung der Unternehmer-sprache als Begehrlichkeit bezeichnet werden kann.

Der Kollektiv-Vertrag für die Zuckerwaren- und Kaffeesurrogatarbeiter verlängert. Am 31. März 1924 erlischt die Wirksamkeit der vertraglichen Bestimmungen über das Lohn- und Arbeitsverhältnis für die Betriebe der Zucker-, Schokoladen- und Kaffeesurrogatindustrie, wie sie zwischen der Fachgruppe der Lebensmittelindustrie im deutschen Hauptverband der Industrie in Teplitz und dem Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter mit dem Sitz in Bodenbach abgeschlossen wurden. Am 9. Feber 1924 fanden nun Verhandlungen über die Erneuerung dieses Vertrages statt, die zu einem positiven Ergebnis führten. Es wurde vereinbart, das Abkommen bis zum 31. Juli 1924 zu verlängern.

Der Zuckerpreis. Die Abgeordneten Fischer, Diehl und Cermak haben seinerzeit eine Interpellation an die Regierung wegen der Verteilung des Zuckers gerichtet. Die Antwort der Regierung, die vom 27. September 1923 datiert ist, ist erst jetzt in den Drucken des Abgeordnetenhauses erschienen. Die Mühlen des tschechischen Parlaments mahlen eben langsam. Interessant in dieser In-

terpellationsantwortung ist folgende Stelle: „Was die Festsetzung der Rübenpreise . . . anbelangt, muß bemerkt werden, daß das Eingreifen der Regierung auf die Festsetzung der Rübenpreise die schwere landwirtschaftliche Krise in den Gegenden mit der intensivsten Form der landwirtschaftlichen Produktion nicht außer Acht lassen darf.“ Mit anderen Worten, die Regierung muß die Agrarier schützen. Das erklärt auch, warum der Rübenpreis für die Kampagne 1923—24 18 Kronen betragen hat und für die nächstjährige Kampagne aber 23 Kronen betragen wird. Wie da die Regierung die Erhöhung der Zuckerrpreise im nächsten Jahre wird verhindern wollen, bleibt ein Rätsel.

Oesterreichs Handelsbilanz passiv. Die Wiener „Statistischen Nachrichten“ enthalten die amtlichen Mitteilungen über den Außenhandel im Jahre 1923. Für das ganze Jahr ergibt sich ein Passivum von 724 Millionen Goldkronen.

Der Werftarbeiterstreik in Hamburg. Während sich die Arbeiterschaft im Landbetriebe der Eisenindustrie mit der Einführung des Neunstundenarbeitertages einverstanden erklärt, und die Arbeit heute früh aufgenommen hat, halten die Arbeiter auf den Werften am Achtstundentag fest. Die Entlassung der Arbeiter, die nach achtsündiger Arbeitszeit die Werften verlassen haben, ist restlos durchgeführt. Die Haltung der Arbeiterschaft ist ruhig. — Die Arbeiter der Lübecker Seeschiffverften haben den Hamburger Schiedspruch, der eine neunstündige Arbeitszeit vorseht, abgelehnt. Es kommen etwa 1000 bis 1200 Arbeiter in Frage, denen von den Werften angekündigt wurde, daß sie als entlassen betrachtet werden, falls sie nur acht Stunden arbeiten.

Eine Verordnung der chinesischen Regierung über die Gewerkschaften. Unlangst ging eine Notiz durch die Presse, daß die chinesische Regierung eine Verordnung herausgegeben habe, wonach die Arbeiter eines jeden Berufes befugt sind, zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Wohlfahrt und ihrer gemeinschaftlichen Interessen Gewerkschaften zu gründen, welchen die Rechte juristischer Personen zustehen. Zu den Aufgaben der Gewerkschaften sollen gehören: die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Ausführung von Unter-

suchungen über die Arbeitsverhältnisse, die Erstattung von Vorschlägen an die Regierung über die soziale Gesetzgebung und die Erteilung von Antworten auf Anfragen von Behörden. Wie die „Frankfurter Zeitung“ jedoch schreibt, muß man sich hüten, diese Verordnung in ihrer Bedeutung zu überschätzen, denn die Verordnungen der chinesischen Regierung bleiben meistens auf dem Papier. — Regierungsverordnungen allein können eben die Lage der Arbeiterschaft in China nicht heben, diese müssen sich im Kampfe die Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen selbst durchsetzen.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag „Von Morgens bis Mitternacht“; Freitag 1/8 Uhr Männergesangsvereinskonzert, nachts 10 Uhr Gastspiel Intimes Theater Berlin; Samstag „Der Vetter aus Dingsda“, nachts 10 Uhr Gastspiel Intimes Theater Berlin; Sonntag nachmittags „Im weißen Röhl“, abends neu-einstudiert „Tausend und eine Nacht“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Dorine und der Zufall“; morgen Freitag Vorstellung des Verbandes deutscher Bank- und Sparkassabeamten „Bauwan“; Samstag Gastspiel Lord „Flamme“; Sonntag 3 Uhr „Don Pasquale“, abends Gastspiel Leopold Kramer „Papa“.

Bereinsnachrichten.

Louistenverein „Die Naturfreunde“, Prag II.
Vortrag mit Lichtbildern des Professor Hartwig aus Brünn über die subitoleren Poloniten, Samstag, den 1. März, 7 Uhr abends im Saal Nr. 20 der deutschen Technik, Prag I, Lufova. Nichtmitglieder 4 K, für Mitglieder und Studenten ermäßigt.
Sonntag, den 2. März: Karlstein. Zusammenkunft 8 Uhr 10, ab 8.36 Smichower Bahnhof. Führung Schönfelder. Die Photoektion hat ausgerüstet und vollständig zur Stelle zu sein.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Strohdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Gießmaschinen mit einer Kapazität von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Kapazität von 1.000.000 Buchstaben. Fernsprecher Nr. 271. Postparaffa Nr. 137.463

Tragen Sie nur Berson Gummisohle u. Sohlen Sie schützen vor Nässe Kälte u. Ermüdung.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!

Leipziger Frühjahrsmesse 1924

günstigste Fahrgelegenheit: **Sonderzug** Samstag, den 1. März 1924 ab 12¹⁰ Masarykbahnhof. Fahrpreiserhöhung ohne Anwendung. Benutzung nur mit messamtlichen Ausweis.

Fahrkarten bei **Emil Wäller, Prag II., Senovážná 2.** Telephone 8254/VI.